

# Jahresblick 2008



Regierung von Unterfranken



|  |    |
|--|----|
| Vorwort.....   | 1  |
| <b>PRÄSIDIUM</b>   |    |
| Strategien für die Regionalentwicklung Unterfrankens.....              | 2  |
| Kulturregion Unterfranken .....  | 4  |
| Unterfranken im öffentlichen Bereich für die Zukunft gut gerüstet..... | 5  |
| Singen mit sozialem Engagement .....                                   | 6  |
| Gutes Klima am Peterplatz.....   | 7  |
| <b>SICHERHEIT, KOMMUNALES UND SOZIALES</b>                             |    |
| Sicherheit im Katastrophenschutz für die Region .....                  | 8  |
| Sprache öffnet Türen.....  | 9  |
| Kinderschutz braucht starke Netze.....                                 | 9  |
| Krippenförderung im Aufwind .....                                      | 10 |
| Gemeinsamkeit macht stark .....  | 11 |
| Zur Integration motivieren.....  | 12 |
| <b>WIRTSCHAFT, LANDESENTWICKLUNG UND VERKEHR</b>                       |    |
| Schnell im Netz.....   | 13 |
| Jugend zu Gast in Schweinfurt .....                                    | 14 |
| Länger, breiter, schwerer – und immer mehr .....                       | 15 |
| <b>PLANUNG UND BAU</b>   |    |
| Konversion in Unterfranken .....                                       | 16 |
| Gefahrenminimierung.....   | 17 |
| Revitalisierung von Stadt- und Ortskernen .....                        | 18 |
| Stadtring in Aschaffenburg.....  | 19 |
| Neueste VoIP-Telekommunikation an der Universität Würzburg .....       | 20 |
| <b>SCHULEN</b>   |    |
| Wegbereiter des Übergangs .....  | 21 |
| Mathe macht Spaß .....   | 22 |
| Technik – kein Tabu für Mädchen.....                                   | 23 |
| „Wenn Du mich magst ...“ .....   | 24 |
| Schule rundum .....  | 25 |
| <b>UMWELT, GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ</b>                        |    |
| AKTION GRUNDWASSERSCHUTZ geht in die zweite Runde .....                | 26 |
| Ein Hauch von Mongolei .....   | 28 |
| Staatlicher Wasserbau in Unterfranken.....                             | 29 |
| Engagement für die Umwelt.....   | 30 |
| <b>GEWERBEAUF SICHTSAMT</b>  |    |
| Sicherheit im Blick .....  | 31 |
| Drahtseilakt auf Baugerüsten .....                                     | 32 |
| Neue Wege in der Gewerbeaufsicht .....                                 | 33 |
| Vorbeugen ist besser als heilen .....                                  | 34 |
| Alle Jahre wieder .....  | 35 |
| <b>ORGANISATIONSPLAN</b> .....   | 36 |
| <b>IMPRESSUM</b> .....   | 37 |



Liebe Leserin, lieber Leser,

seit der Erstausgabe „Jahresblick 2007“ ist schon wieder ein Jahr vergangen. Die vielen positiven Reaktionen haben mich und meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bewogen, den Jahresblick als jährliche Publikation fortzusetzen.

2008 war, wie ich meine, ein für Unterfranken erfolgreiches Jahr, wenngleich sich in der zweiten Jahreshälfte durch die Banken- und Finanzkrise die Stimmung und die Konjunkturerwartungen doch deutlich eingetrübt haben. Diese Turbulenzen machen uns zugleich bewusst, wie wichtig eine an den Verfassungsprinzipien orientierte und effiziente Verwaltung für die Aufrechterhaltung und Entwicklung unseres Gemeinwesens ist.

Gerade in konjunkturell guten Zeiten, zu denen das Jahr 2008 insgesamt betrachtet sicherlich noch zählt, gilt es, die Weichen für die Zukunft richtig zu stellen. Die Zukunftsthemen erkennen und rechtzeitig angehen lautet hier die Devise; eine Aufgabe, zu der wir alle, die Verantwortung tragen, aufgerufen sind. Die Regierung sieht sich dabei in einer Koordinierungsrolle für Unterfranken, im Verein mit den Verantwortlichen bei den unterfränkischen Kommunen, Institutionen, Kammern und Verbänden.

Als Aufgabenschwerpunkte im vergangenen Jahr möchte ich herausgreifen den Ausbau der A3 von Aschaffenburg bis Biebelried, die Weichenstellung für den Ausbau des Wissenschaftsstandorts Würzburg auf dem Gelände der vormaligen „Leighton-Barracks“ sowie zahlreiche Initiativen u. a. zu den Themen Arbeitsschutz, Biodiversität, Breitbandförderung, Entwicklung des ländlichen Raumes, Ganztagsbetreuung, Integration ausländischer Mitbürger, Kinderschutz sowie Umweltbildung.

Diese breit gefächerte Palette macht die zentrale Rolle der Regierung für die Weiterentwicklung Unterfrankens deutlich. Umso erfreulicher sind daher auch die Signale aus dem neu gebildeten Kabinettsausschuss „Verwaltungsreform und Aufgabenüberprüfung“ sowie aus dem Bayer. Staatsministerium des Innern, wonach auf die Regierungen in Bayern als staatliche Mittelbehörden nicht verzichtet werden kann. Das anstehende, neue Verwaltungsreformprojekt der Staatsregierung werden wir aktiv unterstützen.



Als ein besonderes Verdienst gerade auch der Regierung von Unterfranken sehe ich es an, dass aus den Konjunkturpaketen des Bundes in beträchtlicher Höhe Mittel für den sechsstreifigen Ausbau der A3 für Unterfranken gewonnen werden konnten. Mit den in unserem Haus zügig durchgeführten Planfeststellungsverfahren haben wir vollziehbares Baurecht geschaffen, das den Zufluss dieser Mittel erst ermöglichte.

Unser Ziel muss es sein, uns weiterhin zum Wohle der Menschen in Unterfranken als der starken bayerischen Region in Deutschlands Mitte mit all unseren Vorzügen zwischen den benachbarten Metropolregionen zu behaupten, was selbstverständlich eine enge Kooperation mit den Nachbarn in vielen Teilbereichen nicht ausschließt.

Ich würde mich freuen, wenn Sie auch am Jahresblick 2008 Gefallen finden könnten. Für Rückfragen zu den einzelnen Themen stehen Ihnen meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unter den angegebenen Kontaktdaten auch gerne persönlich zur Verfügung.

A handwritten signature in blue ink, which appears to read "Paul Beinhofer". The signature is stylized and written in a cursive script.

Dr. Paul Beinhofer  
Regierungspräsident  
von Unterfranken



# Strategien für die Regionalentwicklung Unterfrankens

## Regionalmarketing und Regionalmanagement im ländlichen Raum



Die EU strebt mit ihrer Lissabon-Strategie aus dem Jahr 2000 dauerhaft eine Spitzenposition im Konzert der weltweit stärksten Wirtschaftsmächte an. Wichtiges Instrument zur Verwirklichung dieses Zieles ist die Benennung von Metropolregionen, die als Zugpferde die Entwicklung voran bringen sollen. In Deutschland gibt es elf dieser Metropolregionen; zwei davon sind Frankfurt und Nürnberg. Genau dazwischen liegt Unterfranken.

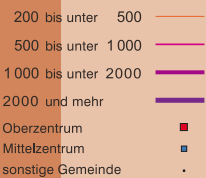
Unterfrankens westlicher Teil, die Region Bayerischer Untermain, versteht sich schon jetzt – unter Wahrung ihrer räumlichen und politischen Selbständigkeit – als Teil der Metropolregion Frankfurt. Das zentrale und das nördliche Unterfranken dagegen, also Mainfranken, hat in seinen östlichen Teilbereichen zwar deutliche Berührungen zur Metropolregion Nürnberg, ist im übrigen aber eigenständiger Raum zwischen den beiden Metropolregionen – und sieht dies auch selbst so.

Mit zwei strategischen Ansätzen forciert die Regierung von Unterfranken diese Bemühungen zur Eigenentwicklung in Mainfranken: Regionalmanagement in den Landkreisen und Regionalmarketing für Mainfranken.

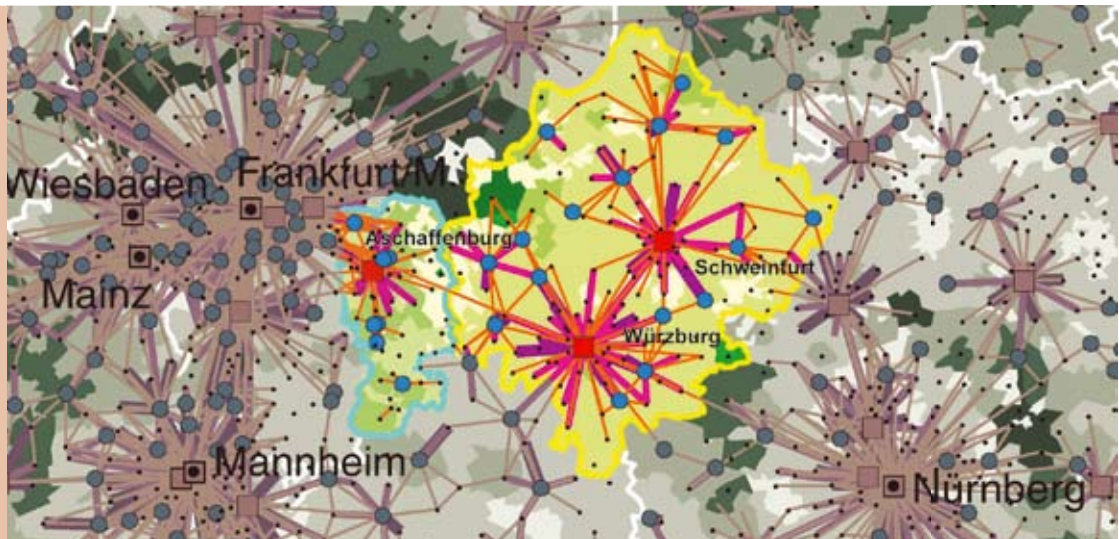
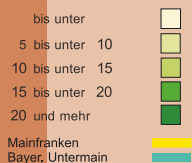
### Regionalmanagement im ländlichen Raum

Insbesondere auf der Ebene der Landkreise unterstützt die Regierung konzeptionell und finanziell den Aufbau von Regionalmanagements im Rahmen der „Allianz Bayern Innovativ“. Auf der Grundlage von Stärken/Schwächen-Analysen definieren die Landkreise Handlungsfelder und Projekte, die mit Hilfe eines Regionalmanagers umgesetzt werden. Dabei werden in Unterfranken die staatlichen Förderprogramme des Wirtschaftsministeriums und der Landwirtschaftsverwaltung (LEADER in ELER) optimal zugunsten der engagierten Landkreise kombiniert. So konnte 2008 die Förderung des erfolgreich arbeitenden gemeinsamen Regionalmanagements der beiden Landkreise Bad Kissingen und Rhön-Grabfeld um weitere drei Jahre verlängert werden. Für die Landkreise Haßberge, Kitzingen und Schweinfurt erfolgten die Förderzusagen für die Einrichtung des jeweiligen Regionalmanagements auf der Grundlage entsprechender regionaler Handlungskonzepte.

Pendlerverflechtungen zwischen Gemeinden nach Anzahl der Pendler 2003



Anteil der Pendler mit mehr als 50 km Pendeldistanz an allen Sozialversicherungspflichtig-Beschäftigten 2003 in %



Quelle: BBR (2005): Raumordnungsbericht 2005. Berichte Bd. 21, Bonn. S. 81

Mainfranken ist unter dem Aspekt landesentwicklungspolitischer Betrachtungsweise ein Teilraum mit ländlicher Prägung. Strukturschwächen, die ihre Ursache in vierzig Jahren deutscher Teilung haben, wirken sich bis heute aus. Doch Mainfranken will sein vorhandenes Potential nutzen und sich als attraktiver Lebensraum mit viel Eigeninitiative weiterentwickeln.

Mit dem EU-Programm **LEADER** (deutsche Übersetzung aus dem Französischen: Verbindung zwischen Aktionen zur Entwicklung der ländlichen Wirtschaft) werden umfassende, innovative und partnerschaftliche Ansätze zur Stärkung und selbstbestimmten Entwicklung ländlicher Regionen gefördert. **LEADER** ist in das Hauptprogramm **ELER** (Europäischer Landwirtschaftsfonds für die ländliche Entwicklung) integriert.



Im Landkreis Main-Spessart wurden 2008 ebenfalls entscheidende Schritte unternommen, um auch hier derartige regionale Eigenentwicklungsbestrebungen in Gang zu setzen. Die Regierung von Unterfranken begleitet diese Regionalmanagements durch fachliche Betreuung, durch die technische Umsetzung der Förderung und nicht zuletzt dadurch, dass sie deren Verknüpfung betreibt unter der Zielsetzung einer koordinierten Gesamtentwicklung Mainfrankens.

### Regionalmarketing

Den zweiten Ansatz bildet die Marketinginitiative „Chancen-Region Mainfranken“. Ihr gehören die Landkreise und kreisfreien Städte, die Industrie- und Handelskammer, die Handwerkskammer, die Universität Würzburg, die Fachhochschule Würzburg-Schweinfurt sowie gewichtige Unternehmen aus der Wirtschaft an; die Regierung von Unterfranken stellt mit Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer auch ihren Vorsitzenden. Diese Initiative entstand in der zweiten Hälfte der 90er Jahre des letzten Jahrhunderts aus der schon damals vorhandenen Erkenntnis heraus, dass die Lage zwischen den Ballungsgebieten Frankfurt, Nürnberg und Stuttgart einerseits Gefahren birgt, andererseits besonders aber auch große Chancen bietet. Wirtschaftlicher Ansatzpunkt dafür ist die Ausstattung Mainfrankens mit seinen besonderen Potenzialen in den High-Tech-Bereichen Automotive/Maschinenbau, Gesundheit/Biomedizin und Neue Materialien, wel-



Foto: Chancen-Region Mainfranken

Beim Wirtschaftsforum Mainfranken diskutierten über die Zukunft der Region vor über 400 Gästen u.a. (v.l.n.r.) der ehemalige Bundeswirtschaftsminister Michael Glos, Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer und Dr. Alfons Weber, Sprecher des Unternehmerkreises Mainfranken.

che die Region in dieser Hinsicht EU-weit unter die 10 Topregionen bringen. Die bisherigen Aktivitäten der Chancen-Region Mainfranken lagen überwiegend im Marketing. Sie konnte sich im Mai 2008 bei ihrem 10-jährigen Jubiläum als erfolgreiche Initiative darstellen. Diesen Anlass hat der Regierungspräsident genutzt, einen Diskussionsprozess über die zukunfts-gerechte Aufstellung der Region anzustoßen. In den folgenden Gesprächen haben die Spitzen



Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer mit den Vertreterinnen und Vertretern der unterfränkischen Regionalmanagements.

der großen Gebietskörperschaften mittlerweile beschlossen, zu diesem Thema ein Gutachten in Auftrag zu geben, das sich insbesondere mit den Möglichkeiten eines verbesserten Marketings, konkreten Handlungsfeldern für die Regionalentwicklung und einer optimalen Organisation und Vertretung der Chancen-Region nach außen befassen soll.

Einer der Wege zu einer gezielten Intensivierung der Regionalentwicklung könnte in einer stärkeren Verknüpfung der beiden genannten Ansätze, also des Regionalmanagements auf Landkreis- und des Regionalmarketings auf mainfränkischer Ebene, liegen. Aktuelles Beispiel für eine solche mainfrankenweite Zusammenarbeit ist das Projekt „Gesundheitsregion der Zukunft“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, das in einem Wettbewerb die zukunfts-trächtigsten Gesundheitsregionen der Bundesrepublik ermitteln und später fördern will. In diesem Wettbewerb hat die „Gesundheitsregion Würzburg/Bäderland Bayerische Rhön“ 2008 in der bereits gelaufenen Vorstufe bundesweit den Sprung unter die letzten Zwanzig geschafft und arbeitet nun intensiv an einem Konzept, mit dem auch der Sprung ganz nach oben unter die fünf Gewinner gelingen soll. Hier arbeiten in beispielhafter Weise Stadt und Landkreis Würzburg sowie die Landkreise Bad Kissingen und Rhön-Grabfeld unter Federführung der Universität Würzburg und unter Mitwirkung der Regierung von Unterfranken zusammen. Sie alle verfolgen gemeinsam das Ziel, die individuelle Gesundheitskompetenz und die Eigeninitiative für die Gesundheit in der Gesundheitsregion zu fördern und damit zugleich deren Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern und die regionale Eigenentwicklung zu stärken.

Johannes Wälde  
Oliver Weidlich

### Kontakt

Tel.: 0931/380-1278 und 1396

E-Mail: [wirtschaft.landentwicklung.verkehr@reg-ufr.bayern.de](mailto:wirtschaft.landentwicklung.verkehr@reg-ufr.bayern.de)

# Kulturregion Unterfranken

## Jahresempfang des Regierungspräsidenten in der Würzburger Residenz

„Kulturregion Unterfranken“ – so lautete das Motto des Empfangs, zu dem Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer im Juli 2008 in den Fürstensaal der Würzburger Residenz geladen hatte. Die alljährlichen Empfänge des Regierungspräsidenten zu den unterschiedlichsten Themen sind mittlerweile zu einer festen Tradition geworden. Stand im letzten Jahr beispielsweise die Integration ausländischer Mitbürger im Vordergrund oder waren vor einiger Zeit die Angehörigen erzieherischer Berufe eingeladen, so drehte sich in diesem Jahr alles um die Kultur in Unterfranken: „Von Kunst und Kultur geht eine unschätzbare, nicht messbare und nicht nach ökonomischen Kriterien bewertbare Leistung aus: Kunst stiftet Lebensfreude und Lebenssinn, Kultur schafft Integration. Sie fördert letztlich die



Rund 180 Persönlichkeiten aus den Bereichen Kunst, Kultur, Heimatpflege und Erwachsenenbildung trafen sich beim Jahresempfang von Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer im Fürstensaal der Würzburger Residenz.



Das Erlabrunner Saxophonquartett umrahmte den Empfang musikalisch.

Werte, die eine Gesellschaft zusammenhalten und lebenswert machen.“ betonte Dr. Beinhofer in seiner Ansprache.

Bewusst wurde bei dem Empfang auf ein umfangreiches Abendprogramm verzichtet, um den geladenen Gästen im Anschluss an die Rede des Regierungspräsidenten Gelegenheit zum Kennenlernen und zum Gedankenaustausch zu geben. Eingeladen waren Vertreter aus allen Bereichen des kulturellen Lebens, sei es nun Theater, Musik, Hochschule, Heimatpflege oder auch Erwachsenenbildung. Die Liste reichte von Künstlerverbänden, Heimat- und Geschichtsvereinen über Heimatpfleger, Archivpfleger, Trachtenverbände, Museen, Volkshochschulen bis hin zu Bildungshäusern. Auch Leiter nichtstaatlicher Bühnen wie zum Beispiel Veit Relin, Intendant des Torturmtheaters Sommerhausen, waren in die Residenz gekommen.

In seiner Rede im festlich geschmückten Fürstensaal brachte Dr. Beinhofer vor allem seinen Dank an alle zum Ausdruck, die sich – oftmals auch ehrenamtlich – in vielfältiger Weise kulturell engagieren und lud anschließend zu einem Stehempfang ein. Begleitet vom abwechslungsreichen musikalischen Begleitprogramm des Erlabrunner Saxophonquartetts kamen die Gäste bei einem Glas Wein und einem kleinen Imbiss zwanglos ins Gespräch. In anregender Atmosphäre wurde diskutiert, Erfahrungen wurden ausgetauscht und neue Netzwerke erschlossen. Der Empfang bewies einmal mehr, dass das kulturelle Leben in Unterfranken vielfältig und breit gefächert ist und vom großen Engagement zahlreicher Personen getragen wird.

Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer und der 2. Gauvorsitzende des Trachtenverbandes Unterfranken e. V., Manfred Sitzmann.



### Kontakt

Tel.: 0931/380-1113

E-Mail: [pressestelle@reg-ufr.bayern.de](mailto:pressestelle@reg-ufr.bayern.de)



# Unterfranken im öffentlichen Bereich für die Zukunft gut gerüstet

Staatssekretär Dr. Bernd Weiß zu Gast bei der Regierung von Unterfranken

„Unterfranken ist – auch vor dem Hintergrund der allgemein schwierigen Konjunkturlage – im öffentlichen Bereich für die Zukunft gut gerüstet“. Darin waren sich der Staatssekretär im Bayerischen Innenministerium Dr. Bernd Weiß und Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer anlässlich eines Besuchs des Staatssekretärs bei der Regierung von Unterfranken Ende Dezember 2008 einig.

Die Palette der Themen bei dem Besuch war breit gespannt. Aktuelle Infrastrukturprojekte, wie der 6-streifige Ausbau der A3, die Konversion, die Städtebauförderung, die Regionalentwicklung, die Breitbandförderung, der Katastrophenschutz, die Interkommunale Zusammenarbeit, die Situation der Schulen, aber auch Themen der Umwelt und der Gewerbeaufsicht standen auf dem Gesprächsprogramm. Dr. Weiß lobte im Zusammenhang mit dem 6-streifigen Ausbau der A3 die Anstrengungen der Regierung von Unterfranken, für den größten Teil der Strecke von Aschaffenburg bis Biebelried bereits Baurecht geschaffen zu haben. Bei den Gesprächen mit dem Bund zeige sich deutlich, dass aktuell die Projekte mit Sondermitteln bedacht würden, die auch schnellstmöglich realisiert werden könnten. Gerade in schwierigen Zeiten sei eine funktionierende, verantwortungsbewusste Verwaltung für ein geordnetes Staatswesen unerlässlich.

Staatssekretär Dr. Weiß machte zum Abschluss der Gespräche auch nochmals deutlich, dass die Bezirksregierungen als Mittelebene der staatlichen Verwaltung in einem Flächenland wie Bayern unverzichtbar sind. Die Bezirksregierungen stünden für eine vorausschauende Planung, Bündelung und Koordinierung der vielfältigen staatlichen Aufgaben in einem Regierungsbezirk. „Sie müssen auch künftig die wichtige Aufgabe einer Serviceeinheit zur Unterstützung und Verteilung von Ressourcen, zur Koordination staatlicher Verwaltungsaufgaben in der Region, vor allem aber auch die staatliche Rechtsaufsicht wahrnehmen“, so Dr. Weiß zusammenfassend. Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer erklärte die aktive Unterstützung der Regierung von Unterfranken bei dem anstehenden neuen Verwaltungsreformprojekt der Staatsregierung. Verwaltungsreform sei für die Regierung von Unterfranken eine Daueraufgabe, die schon in den letzten Jahren, verbunden mit zahlreichen Neustrukturierungen und einem erheblichen Personalabbau, intensiv betrieben wurde. So seien es die Bezirksregierungen in der Vergangenheit selbst gewesen, die hunderte von Vorschlägen zum Aufgabenabbau bzw. zu Aufgabenverlagerungen gemacht hätten, deren Umsetzung in der Praxis sich jedoch oftmals als äußerst schwierig erwiesen habe.



*Zu einem regen Gedankenaustausch kam Staatssekretär Dr. Bernd Weiß (rechts vorne) auf Einladung des Regierungspräsidenten Dr. Paul Beinhofer (2. v. links) mit Bereichsleitern und weiteren Führungskräften der Regierung von Unterfranken zusammen.*



*Ein Eintrag ins Gästebuch des Regierungspräsidenten Dr. Paul Beinhofer (links) im Beisein des Regierungsvizepräsidenten Dr. Andreas Metschke (rechts) rundete den Besuch von Staatssekretär Dr. Bernd Weiß (Mitte) am Würzburger Peterplatz ab.*

Johannes Hardenacke

## Kontakt

Tel.: 0931/380-1109

E-Mail: praesidium@reg-ufr.bayern.de



# Singen mit sozialem Engagement

## Chorgemeinschaft der Regierung von Unterfranken feierte 30-jähriges Bestehen



*Begeistertes Publikum beim Auftritt im „Seniorenwohnen Goldbach“.*



*Die Chorgemeinschaft der Regierung von Unterfranken zur Gründungszeit (1979-1980) mit dem damaligen Chorleiter Karl Schäder. Foto: Archiv Chorgemeinschaft*



*Der Regierungschor heute präsentiert musikalische Höhepunkte bei vielen Anlässen. Hier anlässlich des 30-jährigen Bestehens unter Leitung des derzeitigen Chorleiters Norbert Blum.*

Dass die Bediensteten der Regierung von Unterfranken nicht nur Verwaltungstätigkeiten verrichten, sondern auch singen können, beweist die Chorgemeinschaft der Regierung von Unterfranken seit dem Jahr 1978 bei vielen Anlässen. Seit 1985 besucht sie zusammen mit dem Regierungspräsidenten jährlich in der Adventszeit ein unterfränkisches Senioren- bzw. Pflegeheim, um die Menschen dort im Rahmen einer kleinen Feierstunde mit Liedbeiträgen, Gedichten und kurzen Weihnachtsgeschichten zu erfreuen.

Im Jahr 2008 stand der Besuch des „Seniorenwohnen Goldbach“ (Landkreis Aschaffenburg) auf dem Programm, einer Einrichtung mit rund 160 Plätzen in drei unterschiedlichen Wohnbereichen. Die Bewohner konnten sich in der Vorweihnachtszeit vom vielfältigen Repertoire der Chorgemeinschaft überzeugen. War doch der diesjährige Seniorenheimbesuch für alle Beteiligten auch etwas Besonderes: Die Chorgemeinschaft feierte 2008 ihr 30-jähriges Bestehen.

Aus Anlass dieses runden Geburtstages betonte Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer im Rahmen einer kleinen Feierstunde Ende Juli 2008 die Bedeutung der Chorgemeinschaft für das Gemeinschaftsleben im Hause: „Dass bei uns ein guter Zusammenhalt herrscht, zeigt sich auch darin, dass zahlreiche ehemalige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter selbst nach ihrer aktiven Dienstzeit weiterhin dem Chor treu geblieben sind.“

Aktuell umfasst die Chorgemeinschaft der Regierung von Unterfranken rund 40 Mitglieder. Seit 2002 wird der Chor von Norbert Blum dirigiert, der diese Funktion – wie alle seine Vorgänger in diesem Amt – mit großem Engagement ehrenamtlich wahrnimmt. Dem Anlass entsprechend, kann zwischenzeitlich aus mehr als 400 Chorsätzen und Kanons eine Liedauswahl vom 16. Jahrhundert bis hin zur Moderne getroffen werden.

Apropos: Ein Höhepunkt in der Geschichte des Regierungschores war sicherlich der Auftritt in der Würzburger Residenz im Jahr 1983 anlässlich des Festaktes „300 Jahre Deutsche in Amerika“ im Beisein des damaligen Ministerpräsidenten Franz-Josef Strauß. Konnte doch damals der Regierungschor neben der US-Marine-Band und dem Heeresmusikkorps 12 der Bundeswehr die zahlreichen Gäste gleichermaßen musikalisch überzeugen.

### Kontakt

Tel.: 0931/380-1257

E-Mail: [pressestelle@reg-ufr.bayern.de](mailto:pressestelle@reg-ufr.bayern.de)

# Gutes Klima am Peterplatz

## Regierung von Unterfranken leistet Beitrag zum Klimaschutz

Die baulichen Anlagen der Regierung von Unterfranken wurden im Jahr 1956 fertig gestellt. Gegen Ende der 90er Jahre mussten die Gebäude nach über 40-jähriger Nutzung den gestiegenen sicherheits-, brandschutztechnischen und energetischen Anforderungen angepasst werden. Mit der abschnittswise, bei laufendem Dienstbetrieb durchgeführten Generalsanierung wurden nicht nur moderne Arbeitsplätze mit einer zeitgemäßen Bürokommunikation geschaffen, sondern auch die technische Infrastruktur erneuert mit dem Ziel einer nachhaltigen Gesamtenergieeffizienz.

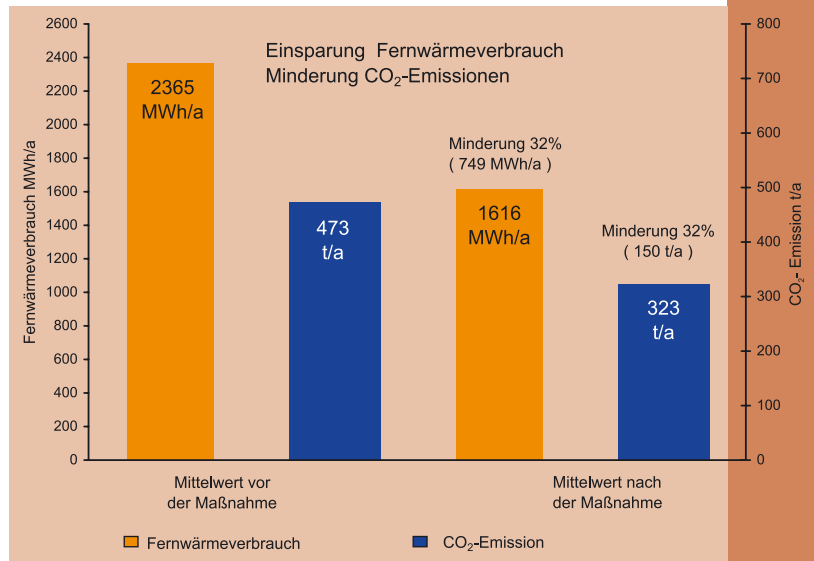
Da die massiven Flächen der Lochfassaden bei der Errichtung der Gebäude teilweise künstlich gestaltet wurden und diese denkmalpflegerisch erhaltungswürdig sind, beschränkten sich die energetischen baulichen Maßnahmen an den Fassaden auf die Erneuerung aller Fenster sowie die Wärmedämmung der obersten Geschossdecken. Optisch ansprechende Markisolen leisten den notwendigen Beitrag für den Wärmeschutz in den Sommermonaten.

Die Regierung von Unterfranken wird von städtischer Fernwärme aus einem ökologisch hocheffizienten Gas- und Dampfturbinenbetrieb wärmetechnisch versorgt. Altersbedingt wurde die bestehende Hauptwärmezentrale einschließlich der beiden Unterzentralen technisch neu konfiguriert und die ursprünglich schon nach Himmelsrichtungen getrennten Gebäudeheizkreise mit energieeffizienten Pumpen sowie Mess-, Steuer- und Regelungstechnik (MSR-Technik) ausgestattet.

Eine insgesamt gute Energieeffizienz besitzt auch das neue Wirtschaftsgebäude, welches im Jahr 2004 als Ersatz für das alte Kantinengebäude errichtet wurde. Mit dem Einbau energiesparender Koch- und Gargeräte, der Wärmerückgewinnung bei den raumlufttechnischen Anlagen sowie einer Spitzenlaststeuerung für die elektrischen Verbraucher wird ein betriebskostenminimierter Betrieb ermöglicht.

Zeitgleich mit der gesamten Erneuerung des Stromnetzes erfolgte auch der Einbau neuer Leuchten kombiniert mit einer tageslichtabhängigen Steuerung über Elektro-Installations-Bus (EIB). Mit einem flächendeckenden bedarfs- und zukunftsorientierten Netzwerkaufbau im Bereich Information und Kommunikation wurde die Grundlage für eine moderne Bürokommunikation geschaffen.

Mit zunehmender Technisierung der Gebäude erhöhen sich die Anforderungen an Überwachung, Betrieb und Instandhaltung der technischen Anlagen. Die neu installierte Gebäudeautomation bietet die Grundlage, um den



Energieverbrauch zu optimieren und von zentraler Stelle aus ein effizientes und konsequentes Gebäudemanagement durchzuführen.

Durch die energetischen Verbesserungsmaßnahmen konnte der durchschnittliche, witterungsberingte jährliche Wärmeenergieverbrauch um etwa ein Drittel gesenkt werden. Dies entspricht einer CO<sub>2</sub>-Minderung von 150 t/Jahr.

Um weitere energetische Lösungsansätze zu finden, wurden die Gebäude der Regierung von Unterfranken in die Ausschreibung für „Einspar-Contracting in Staatlichen Liegenschaften 2007/2008“ aufgenommen. Jedoch konnten mehrere Contractoren keine weitergehenden Energieeinsparpotenziale anbieten. Dies zeigt, dass bei der Generalsanierung die Zielsetzung der Bayerischen Staatsregierung hinsichtlich CO<sub>2</sub>-Minderung, Energieeffizienz und Nachhaltigkeit wirkungsvoll umgesetzt wurde.

Gerhard Gerber  
Herbert Heiold

### Kontakt

Tel.: 0931/380-1417 oder 1401  
E-Mail: [bauwesen@reg-ufr.bayern.de](mailto:bauwesen@reg-ufr.bayern.de)



# Sicherheit im Katastrophenschutz für die Region

## Regierung von Unterfranken als Höhere Katastrophenschutzbehörde

Das Bayerische Katastrophenschutzgesetz bestimmt die Bezirksregierungen zu Höheren Katastrophenschutzbehörden. Zur Wahrnehmung der damit verbundenen Aufgaben ist an der Regierung von Unterfranken eine Führungsgruppe Katastrophenschutz (FüGK-R Ufr.) gebildet, die von einer Kommunikationsgruppe Führung (KomFü) technisch unterstützt wird. Der Führungsgruppe unterliegen die Gesamtleitung und die Funktionen Sichtung, Lage, Einsatz, Dokumentation, Bevölkerungsinformation, Medienarbeit und EDV. Sie setzt sich zusammen aus Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Sachgebietes „Sicherheit und Ordnung“ und denen verschiedener anderer Sachgebiete der gesamten Regierung.

Im Zuge der Generalsanierung der Regierung wurden im Jahr 2008 für die FüGK-R Ufr. und die KomFü neue Räume geschaffen, die für die Erfüllung der Aufgaben des Katastrophenschutzes heute unabdingbar sind. Herzstück der neu-



Stabs- bzw. EDV-Schulungsraum

en Räumlichkeiten ist der klimatisierte Stabsraum, der mit seiner großen Kartenwand, den Beamern, TV, DVD/Video, Radio und PCs gute Arbeitsverhältnisse auch bei längeren Einsätzen an bis zu 15 Arbeitsplätzen bietet. Der Raum für die KomFü verfügt über Arbeitsplätze mit 4m- und 2m-Funk und zwei zusätzlich mögliche PC-Arbeitsplätze.

Durch die flexible Ausgestaltung des Stabsraums auch als EDV-Schulungsraum und des KomFü-Raums als Besprechungszimmer ist die Auslastung der neuen Räume auch außerhalb des Bevölkerungsschutzes sichergestellt. Damit sind die finanziellen Aufwendungen wirtschaftlich gerechtfertigt und stellen eine sinnvolle und zukunftsweisende Investition für die Sicherheit im gesamten Regierungsbezirk Unterfranken dar.

Ihre Bewährungsprobe hat die neue Katastrophenschutz-Einsatzzentrale bei der Zivil-Militärischen Stabsrahmenübung TERREX 08 vom



FüGK-R Ufr. im Einsatz bei der Stabsrahmenübung TERREX 08

15.-17. Juli 2008 bestanden. Im Rahmen dieser Übung erprobte die komplette FüGK-R Ufr. intensiv und erfolgreich die Zusammenarbeit mit der Bundeswehr zur Bekämpfung angenommener, ausgedehnter Waldbrände in den Landkreisen Rhön-Grabfeld und Schweinfurt.

Um auch bei einem eventuellen Ausfall der öffentlichen Stromversorgung ihrer Aufgabe als Höhere Katastrophenschutzbehörde nachkommen zu können, hat die Regierung im Jahr 2008 ein neues und wesentlich leistungsstärkeres Notstromaggregat beschafft, das innerhalb von längstens 15 Sekunden eigenen Strom für bis zu 10 Tage liefert.

Wolfgang Raps

### Kontakt

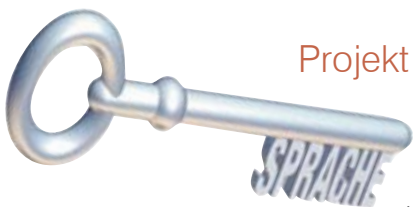
Tel.: 0931/380-1715

E-Mail: [katastrophenschutz@reg-ufr.bayern.de](mailto:katastrophenschutz@reg-ufr.bayern.de)



Neues Notstromaggregat bei der Anlieferung





## Sprache öffnet Türen

### Projekt Sprachberatung in Kindertageseinrichtungen

Zu Beginn des Jahres 2008 hat der Ministerrat ein Sprachförderprogramm für die Kindergärten in Bayern mit einem Fördervolumen von 44 Millionen Euro für 4 Jahre (2008 - 2011) beschlossen. Mit diesem Programm will Bayern die Sprachförderung der Kinder vor Schuleintritt verbessern. Kernziel ist es, die Förderung der Sprachkompetenz durchgängig in den pädagogischen Alltag einzubeziehen. Durch eine verbesserte Sprachförderung sollen Kinder von Anfang an ein hohes sprachliches Bildungsniveau erreichen können. Speziell geschulte Beraterinnen und Berater vermitteln dem pädagogischen Personal in den Kindertageseinrichtungen erweiterte Kenntnisse über Sprachförderung. Sie unterstützen die Fachkräfte dabei, einrichtungsbezogene Sprachförderkonzepte zu entwickeln und eine sprachanregende Umgebung zu gestalten. Es sollen insgesamt 200 Vollzeitkräfte in der Sprachberatung eingesetzt werden, um alle Fachkräfte in den rund

8.000 bayerischen Kindertageseinrichtungen zu erreichen.

Mit der administrativen Durchführung des Förderprogramms (Bewerbungs- und Förderverfahren) wurde die Regierung von Unterfranken für alle bayerischen Regierungsbezirke betraut. Die Schulung der Sprachberaterinnen und -berater erfolgt in einem dreiwöchigen Lehrgang, der vom Staatsinstitut für Frühpädagogik in München konzipiert und durchgeführt wird.

Bisher haben rund 150 Bewerberinnen und Bewerber die Zusage zur Weiterbildung erhalten (Stand: Januar 2009). Bis zum Jahresende 2008 hatten 106 Personen die Weiterbildung erfolgreich absolviert. Seit Herbst 2008 sind die ersten Sprachberater bayernweit im Einsatz.

#### Kontakt

Tel.: 0931/380-1077 und 1071

E-Mail: [soziales@reg-ufr.bayern.de](mailto:soziales@reg-ufr.bayern.de)

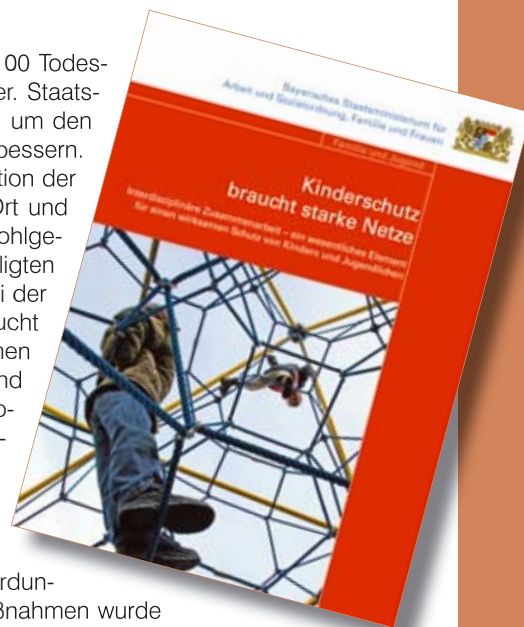
Reinhold Kuhn

## Kinderschutz braucht starke Netze

### Regionale Kinderschutzkonferenz in der Regierung von Unterfranken

In Deutschland gibt es pro Jahr ca. 150.000 Kindesmisshandlungen und ca. 100 Todesfälle von Kindern aufgrund von Vernachlässigung und Misshandlung. Die Bayer. Staatsregierung hat deshalb im Jahr 2008 ein Bündel von Maßnahmen beschlossen, um den Schutz von Kindern in Bayern vor Misshandlung und Vernachlässigung zu verbessern. Ein elementarer Bestandteil dieses Konzepts ist die Intensivierung der Kooperation der verschiedenen am Kinderschutz beteiligten Dienste und Fachdisziplinen vor Ort und die Sicherstellung abgestimmter Verfahrensabläufe bei Verdacht auf Kindeswohlgefährdungen. Über 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer der unterschiedlich beteiligten Fachdisziplinen und zuständigen Stellen trafen sich hierzu am 18. Juni 2008 bei der Regierung von Unterfranken. Unter dem Motto der Konferenz „Kinderschutz braucht starke Netze“ informierten sich die unterfränkischen Vertreter und Verantwortlichen aus der öffentlichen und freien Kinder- und Jugendhilfe, aus der Erziehungs- und Schwangerenberatung, aus dem Gesundheitswesen, dem Schulbereich, der Polizei und der Justiz zum aktuellen Stand des Kinderschutzes und diskutierten darüber, wie das gemeinsame Ziel „Verbesserung des Kinderschutzes“ im Zusammenwirken aller Verantwortlichen noch weiter vorangebracht werden kann.

Die zentrale Bedeutung und Rolle des Jugendamtes im Kinderschutz sowohl für die Entgegennahme von Informationen und Hinweisen über Kindeswohlgefährdungen wie auch für die Einleitung und Durchführung der notwendigen Schutzmaßnahmen wurde von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Kinderschutzkonferenz in besonderem Maße hervorgehoben. Einhellig unterstützt wurde deshalb das Konzept und die geplante staatliche Unterstützung bei der Einrichtung koordinierender Kinderschutzstellen an den Jugendämtern, die die Zusammenarbeit der beteiligten Dienste verbessern, Gefährdungspotenziale frühzeitig erkennen und nachhaltige Hilfe einleiten.



Reinhold Kuhn

#### Kontakt

Tel.: 0931/380-1060

E-Mail: [soziales@reg-ufr.bayern.de](mailto:soziales@reg-ufr.bayern.de)

Die Eröffnungsrede des Regierungspräsidenten und die Beiträge der ReferentInnen zur Kinderschutzkonferenz Unterfranken sowie weitere interessante Links finden Sie unter <http://www.regierung.unterfranken.bayern.de> in der Liste der „Besonderen Themen“.



# Krippenförderung im Aufwind

## Investitionsprogramm „Kinderbetreuungsfinanzierung“ 2008-2013

Für Ausbauinvestitionen in Bayern zur Betreuung von Kindern unter drei Jahren hat der Bund mit dem am 1. Januar 2008 in Kraft getretenen Sonderprogramm „Investitionsprogramm Kinderbetreuungsfinanzierung 2008-2013“ Mittel in Höhe von 344 Millionen Euro und das Land Bayern zusätzlich 100 Millionen Euro für die nächsten fünf Jahre zur Verfügung gestellt. Für die 32.000 Kleinkinder in Unterfranken besteht derzeit eine Versorgungsquote an Krippenplätzen von ca. 14 % (= ca. 5000 Kleinkinder unter 3 Jahren). Im Förderzeitraum soll diese verdoppelt werden.

Gefördert werden durch die Regierungen Neubau-, Ausbau-, Umbau-, Umwandlungs- und Sanierungsmaßnahmen sowie Ausstattungsinvestitionen für Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren. Der Erwerb von Immobilien ist unter bestimmten Voraussetzungen förderfähig.

Die Regierung von Unterfranken konnte im Rahmen einer Informationsveranstaltung am 23. April 2008 die neu erlassenen Förderbestimmungen einem großen Kreis von mehr als 120 interessierten Personen aus den unterfränkischen Städten und Gemeinden sowie von Wohlfahrtsverbänden erläutern. Es handelt sich aufgrund des Mindestfördersatzes von 60 von Hundert um ein attraktives Förderprogramm. Für Kommunen mit schlechter Finanzkraft kann der Fördersatz auf bis zu 80 von Hundert erhöht werden.

Beim Ausbau der Kleinkindbetreuung ist Unterfranken auf einem guten Weg. Die Regierung von Unterfranken konnte 2008 bereits 50 Anträge von örtlichen Trägern der öffentlichen Jugendhilfe (Landkreise und kreisfreie Städte) und von kreisangehörigen Städten und Gemeinden entgegennehmen.

Bis zum Ende des Jahres 2008 wurden Bundes- und Landesmittel für Unterfranken in Höhe von 3 Millionen Euro bewilligt. Verwendet wurden

diese für die Schaffung von 350 neuen Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren in Kindertageseinrichtungen bzw. zur Umwandlung bestehender Betreuungsplätze für Kinder über drei Jahren in Kindertageseinrichtungen in Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren.

Aufgrund des attraktiven Förderprogramms wird sich auch in den kommenden Jahren die Dynamik beim Ausbau der Betreuungsplätze fortsetzen. Für das Jahr 2009 haben die unterfränkischen Städte und Gemeinden bereits einen Bedarf von rund 12 Millionen Euro gemeldet, die für die Schaffung von 860 Krippenplätzen vorgesehen sind.

Dr. Adelheid Hüttlinger



Nähere Informationen zum Förderprogramm und den Fördermodalitäten sind zu finden im Internetangebot der Regierung von Unterfranken <http://www.regierung.unterfranken.bayern.de> im Bereich „Sicherheit und Kommunales“, Unter rubrik „Kommunale Angelegenheiten“, Kinderbetreuungseinrichtungen - Staatliche Investitionsförderung - „Kinderbetreuungsfinanzierung“ 2008-2013.

### Kontakt

Tel.: 0931/380-1138

E-Mail: [sicherheit.kommunales@reg-ufr.bayern.de](mailto:sicherheit.kommunales@reg-ufr.bayern.de)



Der Anbau (Neubau) der Kinderkrippe an den katholischen Kindergarten St. Barbara in Haßfurt in seiner Entwicklung (Fotos: Stadt Haßfurt).

# Gemeinsamkeit macht stark

## Regierung von Unterfranken fördert „Interkommunale Zusammenarbeit“



Die Gemeinden, Städte und Landkreise in Unterfranken sollen in Zukunft noch stärker zusammenarbeiten. Vielerorts wird in den Kommunen angesichts der begrenzten finanziellen Ressourcen und der demographischen Entwicklung über eine deutliche Intensivierung der interkommunalen Zusammenarbeit nachgedacht. Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer unterstützt diese Bestrebungen und sieht in der „Interkommunalen Zusammenarbeit“ gerade in den ländlichen Räumen eine große Chance. Besteht doch für die Kommunen mit diesem Instrument die Möglichkeit, bei der Erledigung der immer umfangreicher werdenden kommunalen Aufgaben Ressourcen zu bündeln, Abläufe und Verfahren aufeinander abzustimmen und damit vor allem auch Kosten zu sparen. Die gemeinsame Bewältigung kommunaler Aufgaben kann einen wichtigen Beitrag leisten, um den 305 – oftmals kleinen – Gemeinden im Regierungsbezirk Unterfranken finanzielle Spielräume und damit ihre Eigenständigkeit zu erhalten.

Wie eine von der Regierung von Unterfranken im Juni 2008 durchgeführte Bestandserhebung ergab, findet interkommunale Zusammenarbeit in Unterfranken bereits in vielfältiger Form statt. Rund 160 Zweckverbände, 130 Zweckvereinbarungen und 40 Arbeitsgemeinschaften sind derzeit etabliert. Klassische Bereiche der Zusammenarbeit sind Schulen, Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung. Für die Zukunft gilt es aber, das Potenzial von Kooperationen zwischen den Gemeinden noch stärker zu nutzen.

Zu diesem Zweck wurde bei der Regierung von Unterfranken ein Projektmanagement

„Interkommunale Zusammenarbeit“ mit einer Projektgruppe ins Leben gerufen.

Aufgaben und Funktionen des Projekts sind:

- Anlaufstelle zu allen Fragen der interkommunalen Zusammenarbeit
- Unterstützung der Kommunen bei der Erschließung neuer Tätigkeitsfelder für interkommunale Zusammenarbeit, insbesondere in den Bereichen Standesämter, Personal-, Steuer- und Kassenwesen, EDV, Bauhöfe, Feuerwehr und Flächenmanagement
- Information und Anregung durch Darstellung sog. „Best-Practice-Beispiele“
- Aufbau einer Kooperationsdatenbank in Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Staatsministerium des Innern
- Herstellung kooperativer Netzwerke, sowohl zwischen den Gemeinden als auch mit anderen staatlichen Stellen
- Aktive Mitwirkung bei Einzelprojekten, ggf. Moderationen

Ziel der Projektarbeit ist es, die Notwendigkeit und die Chancen der Zusammenarbeit in den Vordergrund zu rücken und die Kommunen bei der Verwirklichung einer Zusammenarbeit zu unterstützen.

Dr. Adelheid Hüttlinger



Nähere Informationen zur „Förderung der Interkommunalen Zusammenarbeit“ sind zu finden im Internetangebot der Regierung von Unterfranken unter <http://www.regierung.unterfranken.bayern.de>.

### Kontakt

Tel.: 0931/380-1149 oder 1136

E-Mail: [ikz@reg-ufr.bayern.de](mailto:ikz@reg-ufr.bayern.de)



## Zur Integration motivieren

### Verleihung des ersten Unterfränkischen Integrationspreises

Im Rahmen der „Aktion Integration“ der Bayerischen Staatsregierung nimmt die Teilhabe an der Gesellschaft und die Anerkennung von Integrationsbemühungen der zugewanderten Bevölkerung breiten Raum ein. Das Bewusstsein für Integration soll geweckt und der Partizipationsprozess auf örtlicher Ebene unterstützt werden. Das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen hat deshalb die Auslobung von Integrationspreisen initiiert und für jeden Regierungsbezirk 5.000 Euro Preisgeld zur Verfügung gestellt.

Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer rief die Kommunen, Organisationen, Verbände und Kirchen auf, sich zu bewerben und Projekte zur Integration oder Aktivitäten, die Integration fördern, vorzuschlagen. Aus 19 eingereichten Projekten wählte eine Jury unter der Leitung des Regierungspräsidenten die drei Preisträger aus. Entscheidende Auswahlkriterien waren Integrationsansatz, Ehrenamtlichkeit und Nachhaltigkeit.

Die Preisverleihung verband Dr. Beinhofer mit dem Wunsch, sie möge Ansporn für alle in Unterfranken sein, sich für ein gedeihliches Miteinander zwischen Zuwanderern und Altbürgern einzusetzen, Berührungs- und Schwellenängste

zu überwinden und Integration nach dem Motto „miteinander leben – voneinander lernen“ weiter nach vorne zu bringen. Nicht nur die Preisträger, alle die sich in einem gesellschaftspolitisch



*Die Jury bei der Auswahl der Preisträger*

wichtigen Bereich so engagiert einsetzen, Brücken bauen und ihre Freizeit opfern, leisten einen erheblichen Beitrag zu einem harmonischen Miteinander. Ohne die Gemeinden und Städte, die sich in diese Arbeit einbringen und tatkräftig handeln und unterstützen, wäre zudem vieles nicht möglich.

Die Infobörse auf den Internetseiten der Regierung von Unterfranken enthält derzeit 280 Integrationsprojekte.

#### Kontakt

Tel.: 0931/380-1187

E-Mail: [info@reg-ufr.bayern.de](mailto:info@reg-ufr.bayern.de)

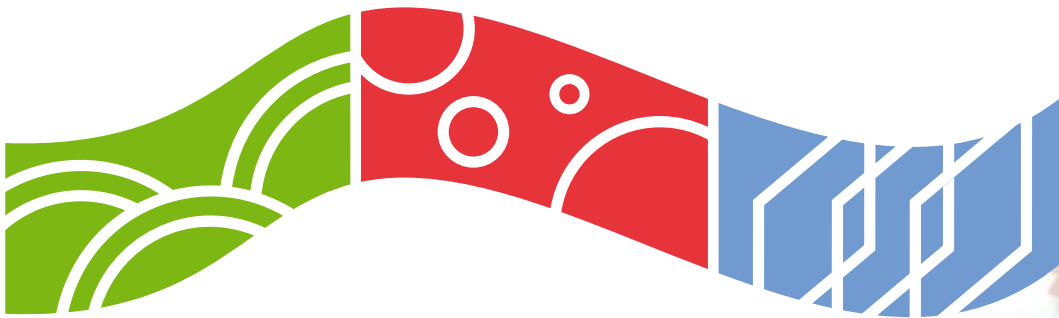


*Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer mit den Preisträgern (v.l.n.r.):*

*Filiz Acar für das Interkulturelle Begegnungszentrum für Frauen (IBF e.V.) in Schweinfurt (1. Preis, 2.500 €, für eine gute und breitgefächerte Integrationsarbeit in selbst hergerichteten Räumen). Anne Tulke für den Agenda Arbeitskreis Kultur und Soziales der Stadt Erlenbach a. Main (2. Preis, 1.500 €, für vielfältige und nachhaltige Integrationsarbeit). Günter Herrbach für den ESV Bavaria Gemünden (3. Preis, 1.000 €, für inzwischen fast zehnjährige sportliche Integrationsarbeit).*

# Schnell im Netz

## Breitbandförderung in Unterfranken



# BREITBAND · INITIATIVE · BAYERN

Für die integrierte ländliche Entwicklung ist die Bereitstellung von leistungsfähigen Breitbandanschlüssen für jeden Privathaushalt, besonders aber auch für das Gewerbe und die Landwirtschaft zu einer der wichtigsten Infrastrukturmaßnahmen geworden. Mit der Entscheidung des Bayerischen Ministerrates im November 2007, den Aufbau einer flächendeckenden Breitbandinfrastruktur durch Förderung wirksam zu unterstützen, und der Schaffung entsprechender Fördermöglichkeiten ab Juli bzw. November 2008, wurde dies zu einer zentralen Aufgabe für die Regierung von Unterfranken. Ziel ist es, mit dem Förderprogramm bis 2010 zur Gleichstellung des ländlichen Raumes bei der Breitbandversorgung beizutragen.

Die meisten der neun Landkreise in Unterfranken bieten ein sehr heterogenes Bild. Neben gut bzw. derzeit ausreichend erschlossenen Kommunen rund um die kreisfreien Städte Aschaffenburg, Schweinfurt und Würzburg sowie entlang der Hauptentwicklungsachsen gibt es konkrete Defizite in der „Fläche“. In zahlreichen Informationsveranstaltungen, Beratertagen, einem

Spitzengespräch des Regierungspräsidenten Dr. Paul Beinhofer mit den Vertretern des Gemeinde- und Städtetags aus der Region, aber vor allem auch durch gezielte Workshops in acht unterfränkischen Landkreisen und in zahlreichen Einzelberatungen wurden die Möglichkeiten der Förderung den einzelnen Kommunen nähergebracht und Hilfestellung bei dem sechstufigen Förderverfahren angeboten.

Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer ist sich sicher, dass die grundsätzliche Bedeutung einer ausreichenden und flächendeckenden Breitbanderschließung als eine der wesentlichen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Zukunft von den unterfränkischen Städten, Märkten und Gemeinden erkannt ist und man sich dort des Themas mit der erforderlichen Aufmerksamkeit annimmt. Nachdem im Jahr 2008 bereits Machbarkeitsstudien für 11 Gemeinden gefördert werden konnten, wird sich dieser Trend im Jahr 2009 fortsetzen und es werden zahlreiche Ausbaumaßnahmen zu realisieren sein, die mit einer 50%igen staatlichen Förderung erst möglich werden.

Gisela Götz-Müller



Nähere Informationen zur Breitbandförderung finden Sie unter <http://www.regierung.unterfranken.bayern.de> in der Rubrik „Wirtschaft, Verkehr, Landesentwicklung“ und unter <http://www.breitband.bayern.de>.

### Kontakt

Tel.: 0931/380-1225

E-Mail: [wirtschaft.landentwicklung.verkehr@reg-ufr.bayern.de](mailto:wirtschaft.landentwicklung.verkehr@reg-ufr.bayern.de)

# Jugend zu Gast in Schweinfurt

## Regierung von Unterfranken fördert Jugendgästehaus Schweinfurt

Seit Jahren arbeitet die Stadt Schweinfurt intensiv an der Umgestaltung der Innenstadt. Nach dem Georg-Schäfer-Museum, dem Konferenzzentrum und dem Umbau des Ernst-Sachs-Bades zu einem Zentrum für Kunstausstellungen und -werkstätten, ist das neue Jugendgästehaus ein weiterer Mosaikstein in den Bestrebungen der Kommune, mit einem modernen Erscheinungsbild und attraktiven Angeboten auf sich aufmerksam zu machen. Eingebunden ist das Jugendgästehaus-Projekt in ein übergeordnetes Anliegen der Stadt, die „Öffnung zum Main hin“.

Als Schul- und Fachhochschulstandort sowie kulturelles Zentrum ist Schweinfurt darum bemüht, insbesondere Jugendlichen, aber auch Radfahrern und Touristen, eine zentrale und attraktive Unterkunft anbieten zu können. Durch die Lage an der Mainlande, direkt am Main-Radweg, wurde so mit dem Jugendgästehaus eine ideale Übernachtungsmöglichkeit, insbesondere für jugendliche Radfahrer, geschaffen. Mit einer Kapazität von knapp 100 Betten bietet die Stadt Schweinfurt zudem nicht nur dem stetig wachsenden Angebot an Jugendreisen eine interessante Adresse im Stadtzentrum, das Haus ist daneben auch für Tagungen, Seminare, Firmenevents und Familienfeiern ausgelegt.

Die Kosten für den Bau wurden mit 3,45 Millionen Euro veranschlagt. Aus Fördermitteln der Europäischen Union, dem sogenannten EU-Ziel-2-Programm, hat die Regierung von



Beim Richtfest am 30. April 2008 freuten sich Vertreter der Stadt Schweinfurt und der Regierung von Unterfranken zusammen mit dem Zimmermann, der den Richtspruch ausbrachte, über den Baufortschritt (Foto: Stefan Schneider).

Unterfranken im Dezember 2007 hierzu nach den Richtlinien zur Förderung von Fremdenverkehrseinrichtungen öffentlicher Körperschaften (RÖFE) einen Investitionskostenzuschuss in Höhe von 1.102.200 Euro bewilligt.

Nach fast eineinhalbjähriger Bauzeit wurde das Jugendgästehaus Ende Februar 2009 von Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer und Oberbürgermeisterin Gudrun Grieser seiner Bestimmung übergeben. Bei einem Tag der offenen Tür konnte die Öffentlichkeit das gelungene Bauwerk in Augenschein nehmen.

Georg Schanz

Das Jugendgästehaus Schweinfurt samt Inneneinrichtung präsentiert sich im modernen, gastfreundlichen Ambiente.



### Kontakt

Tel.: 0931/380-1225

E-Mail: [wirtschaft.landentwicklung.verkehr@reg.ufr.bayern.de](mailto:wirtschaft.landentwicklung.verkehr@reg.ufr.bayern.de)



# Länger, breiter, schwerer – und immer mehr

## Großraum- und Schwertransporte: Neues Verfahrensmanagementsystem VEMAGS

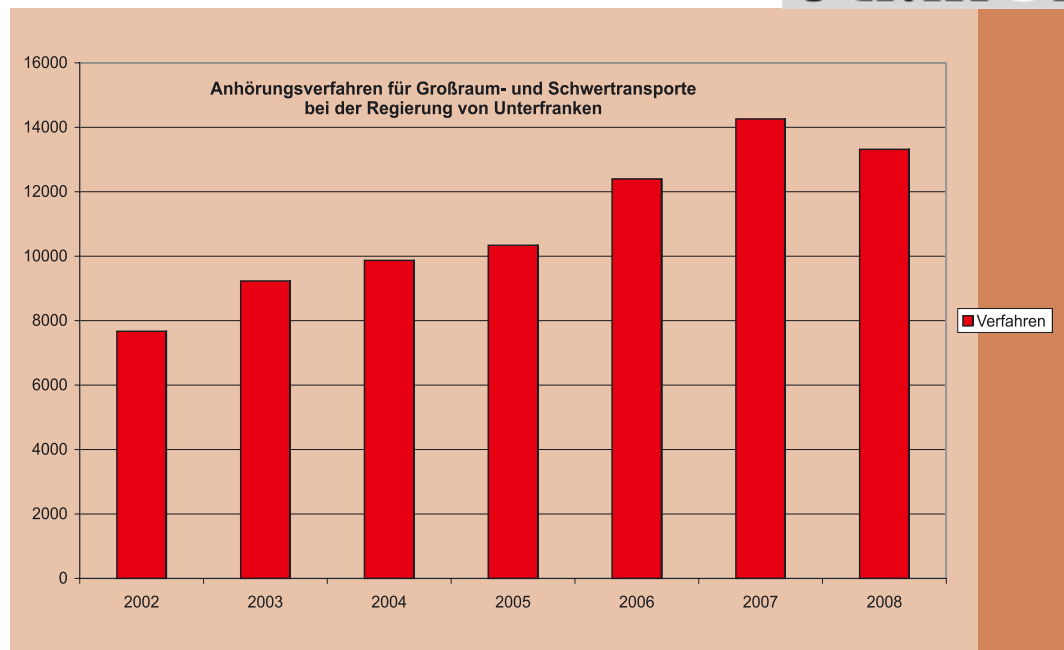
Der wirtschaftliche Aufschwung der vergangenen Jahre spiegelt sich auch im Verkehrsaufkommen auf Deutschlands Straßen wider. Ein besonderes Problem sind die Großraum- und Schwertransporte. Dabei handelt es sich um Transporte mit Fahrzeugen oder Fahrzeugkombinationen, deren Abmessungen, Achslasten oder Gesamtgewichte die nach der StVZO zulässigen Grenzen überschreiten, etwa den Transport von überdimensionierten oder überschweren Ladegütern wie Rotorblätter von Windkraftanlagen. Da diese Transporte die Straßeninfrastruktur besonders in Anspruch nehmen, bedürfen sie einer Erlaubnis nach § 29 StVO. Die Erlaubnis erteilt die Kreisverwaltungsbehörde, in deren Gebiet der Transport beginnt oder das Transportunternehmen seinen Sitz hat. In der Erlaubnis werden die genaue Fahrtstrecke und bestimmte Auflagen, z.B. die Begleitung durch zusätzliche Sicherungsfahrzeuge oder die Polizei festgelegt.

Zur Prüfung, ob die Fahrtstrecke für den Transport geeignet ist und zur Festlegung der erforderlichen Auflagen wird ein Anhör- und Zustimmungsverfahren durchgeführt. Bei länderübergreifenden Transporten, die über den Regierungsbezirk Unterfranken nach oder durch Bayern führen, wickelt die Regierung von Unterfranken dieses Anhör- und Zustimmungsverfahren ab. Sie beteiligt dazu alle in Bayern von der beantragten Fahrtstrecke betroffenen Straßenverkehrs- und Straßenbaubehörden und gibt eine einheitliche Stellungnahme für den Freistaat Bayern gegenüber der Erlaubnisbehörde ab. Seit 2005 wurden bei der Regierung von Unterfranken jährlich mehr als zehntausend dieser Verfahren durchgeführt. Das sind die meisten aller Bezirksregierungen und etwa ein Viertel aller Verfahren in ganz Bayern.

Die ständig steigenden Fallzahlen machten Verfahrenserleichterungen dringend erforderlich. Seit 1. September 2008 nimmt die Regierung von Unterfranken deshalb am bundesweit einheitlichen Verfahrensmanagementsystem für Großraum- und Schwertransporte VEMAGS teil, das die Bearbeitung von Anträgen im Großraum- und Schwerverkehr effektiver und schneller gestaltet und dabei zugleich zeitliche Einspar- und Entlastungseffekte für alle Beteiligten bewirkt.

Bei VEMAGS handelt es sich um ein Internet gestütztes Datenbanksystem, in dem alle Benutzer über eine gesicherte Internetverbindung auf eine gemeinsame Datenbank zugreifen und Vorgänge darin abarbeiten. Die Erfassung der verfahrensrelevanten Daten erfolgt lediglich einmal durch das Antrag stellende Unternehmen oder die Erlaubnisbehörde. In jedem weiteren Verfahrensschritt wird auf den bereits vorhandenen Datensatz zurückgegriffen, ohne dass

**VEMAGS**



dieser ständig neu erfasst oder in andere Systeme von Hand übertragen werden muss. Die Beteiligung der betroffenen Behörden erfolgt elektronisch, d.h. papierlos. Gleiches gilt für die Zusammenführung der verschiedenen Stellungnahmen im Verfahren und die Zusammenfassung in einen Bescheid: Übersandte Auflagen und Bedingungen können per Mausklick in den Bescheid übernommen und in jedem Verfahrensstand klar strukturiert werden. Es entstehen einheitliche und leicht lesbare Bescheide, die auch für die Begleiter und Fahrer von Großraum- und Schwertransporten leichter nachvollziehbar sind, was die Beachtung der Auflagen fördert.

Nur drei Monate nach Start des Systems gingen bei der Regierung von Unterfranken bereits etwa 50 Prozent der Erlaubnis anträge über VEMAGS ein, d.h. rund die Hälfte der Anhörungs- und Zustimmungsverfahren kann inzwischen voll elektronisch über dieses System durchgeführt werden.

### Kontakt

Tel.: 0931/380-1208

E-Mail: [wirtschaft.landentwicklung.verkehr@reg-ufr.bayern.de](mailto:wirtschaft.landentwicklung.verkehr@reg-ufr.bayern.de)

Heiko Brückner

# Konversion in Unterfranken

## Historische Entwicklungschance für Universität und Stadt Würzburg

Mit Ministerratsbeschluss vom 22. Juli 2008 gab die Bayer. Staatsregierung grünes Licht für den Ankauf eines Teilareals von 39 ha der Konversionsflächen Leighton-Barracks in Würzburg. Mit dem Erwerb erhält die Universität Würzburg eine ideale Erweiterungsfläche am Hubland und kann damit die historische Chance des Ausbaus zur offenen Campus-Universität nutzen – integriert in einen neu entstehenden Stadtteil am Stadtrand von Würzburg. Der Universitätsstandort Würzburg wird mit dieser Entwicklung im bundesweiten Ranking nachhaltig gestärkt.

Die bei der Regierung von Unterfranken eingerichtete „Arbeitsgruppe Konversion“ hat als Projektkoordinator den Konversionsprozess maßgeblich gesteuert. Die in der Arbeitsgruppe vertretenen Beteiligten, wie Bayer. Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst, Universität und Stadt Würzburg, Bundesimmobilienagentur, Immobilien Freistaat Bayern, Staatliches Bauamt Würzburg sowie die fachlich betroffenen Sachgebiete der Regierung mussten unter der Leitung des Regierungsvizepräsidenten so unterschiedliche Aufgaben bewältigen wie die Aufstellung eines realistischen Zeitplans, das Voranbringen der zeitgerechten Alllastenunter-

suchung, die Aufstellung der Bedarfsplanung und die planerische Umsetzung des Nutzungskonzepts der Universität, die Förderung eines städtebaulichen Ideenwettbewerbs, Anstoß zu ersten Baumaßnahmen zur Erhaltung von Infrastruktur, die Vorbereitung des Grunderwerbs und vieles mehr. Erschwert wurde die Projektarbeit durch die Tatsache, dass die US-Streitkräfte das Gelände erst im Januar 2009 an den Bund zurückgegeben haben und daher jeweils zahlreiche Abstimmungen notwendig waren, damit das noch militärisch genutzte Gelände betreten werden durfte. Besonders gefordert war die Arbeitsgruppe bei der Vorbereitung der Sitzungen der interministeriellen Lenkungsgruppe auf Ministeriebene im Vorfeld von Ministerratsbeschlüssen.

Derzeit werden auf staatlicher Seite die Planungen für die Haushaltsunterlage Bau (HU-Bau) erstellt. Zeitgleich schafft die Stadt Würzburg mit der Durchführung des städtebaulichen Ideenwettbewerbs die Vorgaben für eine geordnete, qualitativ hochwertige Bauleitplanung. Mit Unterstützung durch Städtebaufördermittel konnte die Grundlage für das städtebauliche Entwicklungskonzept unter intensiver Beteiligung der Würzburger Bürgerschaft erarbeitet werden.



Mit Mitteln aus dem Innovationsprogramm BayernFIT werden so in einem ersten Schritt durch die Sanierung von 10.000 m<sup>2</sup> Gebäude-Hauptnutzfläche sowie weiterer 12.000 m<sup>2</sup> Interims-Nutzfläche die Voraussetzungen für die Aufnahme von 3.285 zusätzlichen Studierenden aus dem doppelten Abiturjahrgang 2010/2011 an der Universität Würzburg geschaffen. In den darauf folgenden Phasen sollen die bislang an verschiedenen Orten in Würzburg verstreuten universitären Einrichtungen zusammengeführt und ausgebaut werden.

Norbert Böhm



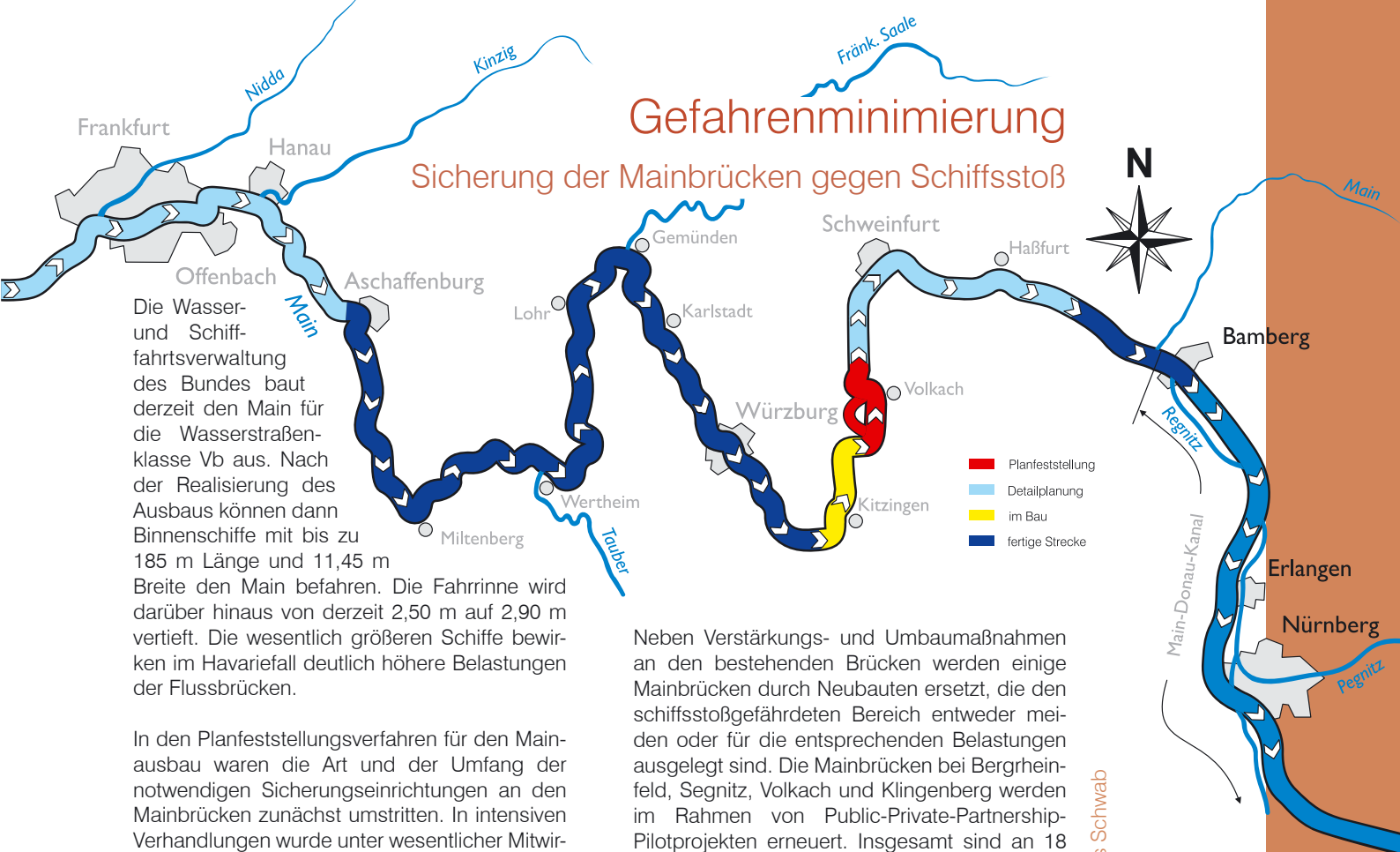
**Kontakt**  
Tel.: 0931/380-1423  
E-Mail: bauwesen@reg-ufr.bayern.de

Ausbauziel 2011: Campus-Universität mit Hubland und Leighton-Areal



# Gefahrenminimierung

## Sicherung der Mainbrücken gegen Schiffsstoß



Die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes baut derzeit den Main für die Wasserstraßenklasse Vb aus. Nach der Realisierung des Ausbaus können dann Binnenschiffe mit bis zu 185 m Länge und 11,45 m Breite den Main befahren. Die Fahrrinne wird darüber hinaus von derzeit 2,50 m auf 2,90 m vertieft. Die wesentlich größeren Schiffe bewirken im Havariefall deutlich höhere Belastungen der Flussbrücken.

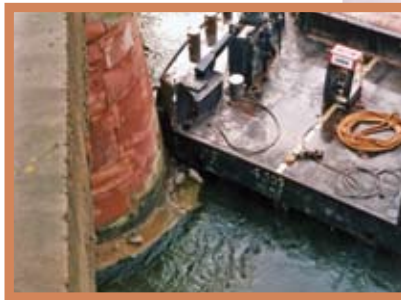
In den Planfeststellungsverfahren für den Mainausbau waren die Art und der Umfang der notwendigen Sicherungseinrichtungen an den Mainbrücken zunächst umstritten. In intensiven Verhandlungen wurde unter wesentlicher Mitwirkung der Regierung von Unterfranken die grundsätzliche Vorgehensweise für die Sicherung der Brücken entwickelt. Von zentraler Bedeutung waren dabei Regelungen zur Zuständigkeit, Verantwortung und Kostentragung.

Neben Verstärkungs- und Umbaumaßnahmen an den bestehenden Brücken werden einige Mainbrücken durch Neubauten ersetzt, die den schiffsstoßgefährdeten Bereich entweder meiden oder für die entsprechenden Belastungen ausgelegt sind. Die Mainbrücken bei Bergheimfeld, Segnitz, Volkach und Klingenberg werden im Rahmen von Public-Private-Partnership-Pilotprojekten erneuert. Insgesamt sind an 18 der 38 von der Straßenbauverwaltung betreuten unterfränkischen Mainbrücken Maßnahmen zur Sicherung gegen Schiffsstoß erforderlich.

Klaus Schwab

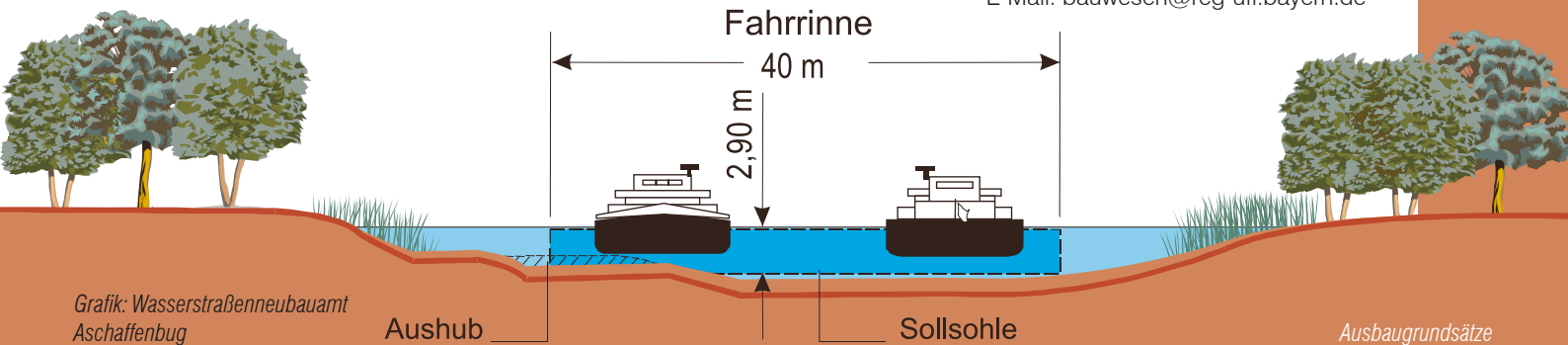
Für schiffsstoßgefährdete Brücken plant, baut und betreibt die Straßenbauverwaltung des Freistaates Bayern die Sicherungseinrichtungen. Sie arbeitet dabei eng mit der für den Mainausbau zuständigen Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes zusammen.

Schiffsunfall Mainbrücke Lohr am 10.05.1999



Fotos: Staatl. Bauamt Würzburg

**Kontakt**  
 Tel.: 0931/380-1436  
 E-Mail: [bauwesen@reg-ufr.bayern.de](mailto:bauwesen@reg-ufr.bayern.de)



Grafik: Wasserstraßenneubauamt Aschaffenburg

Ausbaugrundsätze



# Revitalisierung von Stadt- und Ortskernen

## Kultur- und Kommunikationszentrum in Dettelbach

Die Stadt Dettelbach hatte im Jahr 2003 mit Hilfe der Städtebauförderung für drei stadteigene Anwesen im Zentrum der Altstadt einen Architektenwettbewerb für ein Kultur- und Kommunikationszentrum (KuK) ausgelobt. Für die Teilnahme an dem begrenzt offenen Realisierungswettbewerb hatten sich 1004 Architekturbüros beworben, von denen letztlich zu den fünf gesetzten Büros weitere 25 Teilnehmer ausgelost wurden.

Die zwischenzeitlich realisierte Planung des 1. Preisträgers (Architekturbüro Käppel + Klieber, Stuttgart) schlug die Sanierung des denkmalgeschützten Baumannschen Hauses, den Umbau des Silogebäudes der ehemaligen Mühle Rabenstein sowie einen modernen Neubau vor. Durch diese Gebäudeanordnung wurde ein kleiner Platz geschaffen, wodurch der Ostgiebel des historischen Rathauses freigestellt und der Eingangsbereich akzentuiert wird.

In diesem Gebäudekomplex sind mehrere Nutzungen zusammengefasst. Diese reichen von einem Schaufenster der Region mit Vinothek, der Tourismus-Information, dem Pilger- und Wallfahrts-Museum bis hin zu einer zeitgemäßen Bibliothek mit Internet-Plätzen.

Die Maßnahme stellt sowohl aus städtebaulicher als auch aus gestalterischer Sicht ein gelungenes Beispiel für das Bauen in alter Umgebung dar: Einerseits die Erhaltung und Revitalisierung wertvoller historischer Bausubstanz, andererseits aber auch eine Akzentuierung mit modernen Baukörpern in zeitgemäßer Gestaltung und Ausstattung. Die Schaffung dieses Ensembles, das vielfältige Nutzungen beherbergt, ist ein wesentlicher Beitrag zur Belebung und Stärkung

der Mittelpunktfunktion des Stadtkernes. Das Ergebnis bestätigt das Bestreben der Städtebauförderung, eine hohe Baukultur insbesondere durch Architekturwettbewerbe zu erreichen und zu gewährleisten.

Das Objekt ist auch ein Beispiel für das gelungene Zusammenwirken von verschiedenen Förderbereichen. Städtebauförderung, Leader+ (für Gebäude und Einrichtung usw.), Denkmalpflege – Landesstiftung, Entschädigungsfond, Kultur-Fond, Büchereiwesen (Einrichtung) und die Kulturstiftung des Bezirks Unterfranken konnten gemeinsam einen wesentlichen finanziellen Beitrag leisten. Bei Gesamtkosten von 6,5 Millionen Euro war die Städtebauförderung mit einem Zuschuss in Höhe von 1,46 Millionen Euro beteiligt.

Das Kultur- und Kommunikationszentrum Dettelbach wurde am 1. August 2008 in Anwesenheit des damaligen Leiters der Bayer. Staatskanzlei, Herrn Eberhard Sinner, und Herrn Regierungspräsidenten Dr. Paul Beinhofer seiner Bestimmung übergeben.

Bernhard Wägelein

### Kontakt

Tel.: 0931/380-1408

E-Mail: [bauwesen@reg-ufr.bayern.de](mailto:bauwesen@reg-ufr.bayern.de)



Fotos: Roland Halbe, Stuttgart



# Stadtring in Aschaffenburg

## Kommune und Förderbehörde Hand in Hand



Um die gesetzlichen Vorgaben zum Bau und Ausbau ihrer Straßen erfüllen zu können, erhalten kommunale Straßen- und Brückenbaulastträger vom Freistaat Bayern Zuwendungen. Aufgabe der Regierung von Unterfranken als Förderbehörde ist dabei, kommunale Baulastträger zu beraten, Hilfen bei der Umsetzung von Bau- und Ausbauabsichten anzubieten und das gesamte Förderverfahren abzuwickeln. Die Staatlichen Bauämter wirken mit ihrer fachlichen Kompetenz dabei mit.

Seit den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts verfolgt die Stadt Aschaffenburg auf Grundlage des Generalverkehrsplanes von 1964 den Bau einer Äußeren Ringstraße rund um die Kernstadt mit einem Radius von ca. 1000 m. Der radial auf die Kernstadt zufließende Verkehr soll um das Stadtzentrum herum fließen und es vom Durchgangsverkehr entlasten. Über kurze Stichfahrten kann das jeweilige Ziel in der Innenstadt vom Ring aus direkt angesteuert werden. Damit wird die Innenstadt wirkungsvoll vom motorisierten Individualverkehr entlastet, was insbesondere Lärm und Abgase für die Anwohner vermindert. Zudem können die betroffenen Quartiere städtebaulich aufgewertet werden. Mit dem Bau von Parkplätzen, Radwegen, Grünflächen und Kinderspielplätzen wird mehr Wohn- und Lebensqualität erreicht.

Der Stadtring gliedert sich in

- Nordring (zwischen Schillerstraße und Hanauer-Straße)
- Westring (zwischen Ebertbrücke und Großostheimer-Straße)
- Adenauer-Brücke
- Südring (zwischen Obernauer- und Würzburger-Straße)
- Ostring (zwischen Würzburger-Straße und Schönbornstraße)
- Bahnparallele

Bis 2011 soll der Ring insgesamt dem Verkehr zur Verfügung stehen.

Das Staatliche Bauamt Aschaffenburg ergänzte bis Ende 2008 für die Bundesrepublik Deutschland den Ring im Westen mit dem Bau einer 2. Fahrbahn an der Ebertbrücke (B 26) und erneuert bis 2011 den aus den 60er Jahren stammenden Brückenteil.

Die Stadt Aschaffenburg hat bisher rund 175 Millionen Euro für den Stadtringausbau investiert. An dieser Investition beteiligt sich der Freistaat Bayern über Zuwendungen mit rund 88 Millionen Euro. Hinzu kommen die Aufwendungen der Bundesrepublik Deutschland für die Ebertbrücke in Höhe von voraussichtlich 19,5 Millionen Euro. Diese hohen Summen unterstreichen die Bedeutung des Gesamtprojekts.

Das gesamte Vorhaben war und ist nicht nur eine Herausforderung an die bautechnische Fachkenntnis und Infrastruktur in Planung und Baudurchführung, sondern auch bei der Schaffung des Baurechts, meist über Planfeststellungsverfahren nach Straßenrecht. Die Bürger waren von den Vorteilen, die die Ringstraße ihnen bieten wird, zu überzeugen. Bei allen technischen Planungen mussten nicht nur die Ingenieurbauwerke, sondern der Straßenzug in seiner Gesamtheit gestalterisch in das städtische und landschaftliche Umfeld eingebunden werden. Die Finanzierung musste sichergestellt werden. Dies alles wurde durch die enge und kooperative Zusammenarbeit zwischen Stadt, Regierung von Unterfranken, dem Staatlichen Bauamt Aschaffenburg und vielen anderen Behörden ermöglicht.

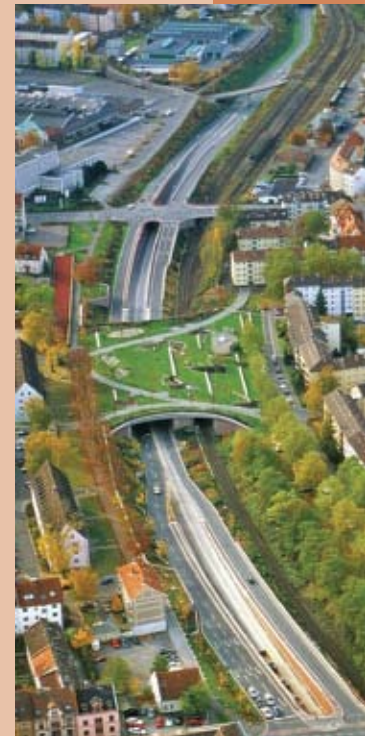
Hervorzuheben sind die Zielstrebigkeit und Konsequenz der Stadt Aschaffenburg, mit der sie ihre Planungen umgesetzt hat und weiter betreibt. Schon heute, noch vor der gesamten Fertigstellung, lässt sich die Verkehrswirksamkeit des Stadtringes als Verteiler erkennen.



Bahnunterquerung im Bau

Fotos: Ing. Büro Obermeyer

Grünbrücke



Kontakt

Tel.: 0931/380-1431

E-Mail: bauwesen@reg-ufr.bayern.de

Reinhold Schilidge





# Neueste VoIP-Telekommunikation an der Universität Würzburg

Die Julius-Maximilians-Universität erneuerte in Zusammenarbeit mit dem Staatlichen Bauamt Würzburg ihre nicht mehr erweiterbare Telefonanlage. Grundlage des Bauantrags war das vom Rechenzentrum der Universität in Abstimmung mit der Regierung von Unterfranken erstellte Konzept für eine zukünftige „Voice over IP“-Telekommunikationsanlage. Unter Voice over IP (kurz VoIP) versteht man das Telefonieren über Computernetzwerke, welche nach Internet-Standards aufgebaut sind (Internet-Telefonie). Dabei werden Sprache und Steuerinformationen (beispielsweise für den Verbindungsaufbau) über das Datennetz übertragen. Im Unterschied zum klassischen Festnetz, hierzulande dem ISDN, werden bei VoIP keine „Leitungen“ geschaltet, sondern die Sprache in Pakete umgewandelt und jedes einzelne Paket für sich als IP-Paket übertragen. Diese IP-Pakete werden dann im Netzwerk auf nicht festgelegten Wegen zu ihrem Ziel gesendet.

Die Universität Würzburg verfügt über eine praktisch flächendeckende, strukturierte Glasfaserverkabelung. Über diese Infrastruktur, die den Angehörigen der Universität den Zugriff auf zentrale EDV-Dienste und das Internet ermöglicht, kann auch die neue VoIP-Telekommunikationsanlage betrieben werden.

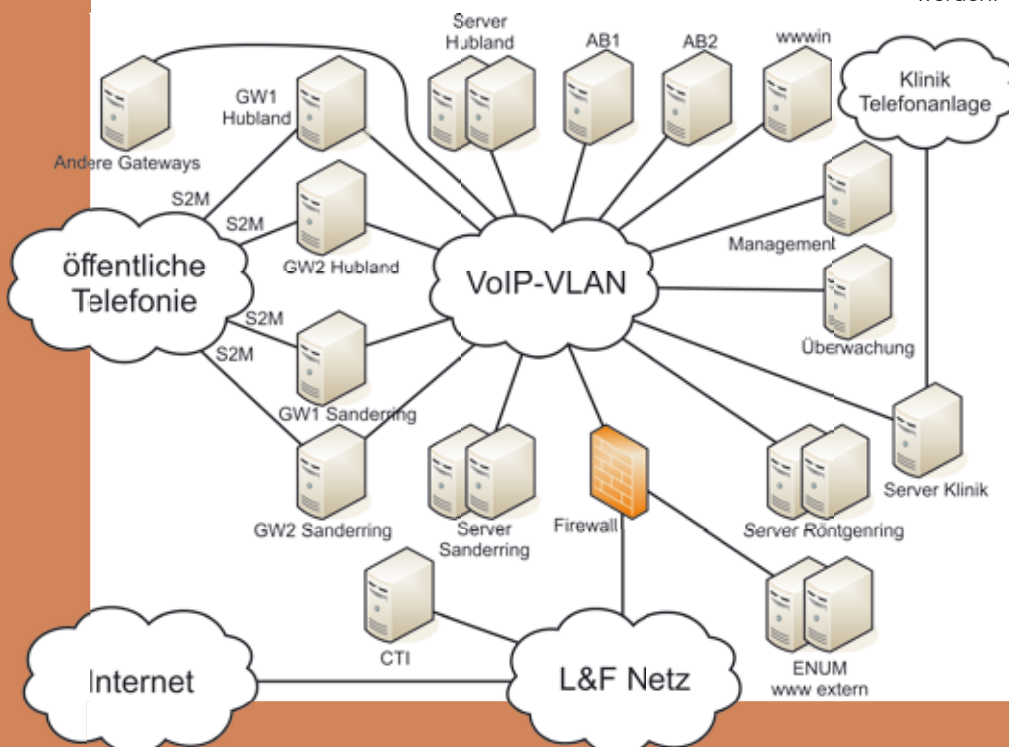
Die vom Rechenzentrum der Universität künftig betreute neue Telekommunikationsanlage basiert, anstelle einer kommerziellen Lösung mit einschlägigen Fabrikaten, auf der Open-Source-Software (protokolloffene und lizenzfreie Software) „Asterisk“ und arbeitet im Verbund mehrerer Server völlig ausfallsicher. Die Entwicklung der VoIP-Technologie in Richtung offener Standards schafft Unabhängigkeit von herstellerspezifischen Lösungen und ermöglicht den Einsatz verschiedener Endgeräte sowie die Kopplung von VoIP-Komponenten unterschiedlicher Hersteller.

## Wesentliche Vorteile von VoIP

- Es wird nur eine Infrastruktur für Daten- und Sprach-Übertragung benötigt. Dies bietet insbesondere bei Neubauten bzw. Generalisierungen Einsparpotenzial.
- Es können personenbezogene, individuelle Rufnummern unabhängig vom jeweiligen Endgerät vergeben werden und es besteht die Möglichkeit, sich an einem beliebigen Endgerät (weltweit) mit allen persönlichen Leistungsmerkmalen einzuloggen.
- Durch Synergieeffekte bei der Integration von Daten und Sprache können neue Sprachdienste (Anrufbeantworter, Voice-Mailbox, Adressbuch im Telefon, Telefondienste am Rechner usw.) sowie erweiterte Dienstmerkmale angeboten werden.
- „Extern“ befindliche Standorte können in den Rufnummernplan der Universität integriert werden.

Die baulichen Maßnahmen und die Herstellung der Infrastruktur für den Anlagentausch wurden im Herbst 2008 fertig gestellt. Seit Oktober 2008 erfolgte die schrittweise Inbetriebnahme des Systems mit dem paketweisen „Ausrollen“ der 4500 neuen Endgeräte sowie Demontage und Entsorgung der Altgeräte bis zum dritten Quartal 2009.

Klaus Schliermann



## Kontakt

Tel.: 0931/380-1402

E-Mail: [bauwesen@reg-ufr.bayern.de](mailto:bauwesen@reg-ufr.bayern.de)





# Mathe macht Spaß

## Erste Unterfränkische Mathematikmeisterschaft

Seit dem Jahr 2000 veranstaltet das Bundesministerium für Bildung und Forschung zusammen mit der Initiative Wissenschaft im Dialog die sogenannten Wissenschaftsjahre. Im Jahr 2008 stand die Mathematik im Mittelpunkt. Ziel des Wissenschaftsjahres 2008 war es, der Öffentlichkeit die Faszination der Mathematik näherzubringen und vor allem Kinder und Jugendliche für diese spannende Wissenschaft zu begeistern.

Die Regierung von Unterfranken hatte zum Jahr der Mathematik die erste Unterfränkische Mathematikmeisterschaft ausgeschrieben. Eingeladen mitzumachen waren alle Grundschulen mit ihren vierten Klassen. Mehr als 8000 Schülerinnen und Schüler sind dieser Einladung gefolgt und haben an 187 Schulen, das sind rund drei Viertel aller unterfränkischen Grundschulen, an der ersten Runde am 14. Oktober teilgenommen. Alle siegreichen Schulsiegerinnen und -sieger durften dann in der zweiten Runde auf Schulamts- bzw. Landkreisebene am 12. November mit- und gegeneinander antreten. Diese Sieger wiederum qualifizierten sich für das Finale am 11. Dezember 2008, das an der Regierung von Unterfranken ausgetragen wurde.

Die Aufgaben des Wettbewerbs waren sehr anspruchsvoll, haben aber vor allem Spaß gemacht und dokumentieren eine veränderte Aufgabenkultur im Mathematikunterricht: Nicht das mechanische Anwenden von Lösungsmustern bildet die logische Denkfähigkeit aus, sondern das Bearbeiten unbekannter Problemstellungen, die man durch Knobeln zu lösen versucht. Aktives Nachdenken statt antrainiertes Anwenden – das macht Spaß und bringt einen voran!



Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer und der Bezirkspräsident der Volks- und Raiffeisenbanken Helmut Haun gratulieren den beiden Gewinnern der ersten Unterfränkischen Mathematikmeisterschaft 2008 Elisa Ritter (Grundschule am Weinberg, Michelbach) und Tobias Fäth (Mozart-Grundschule Aschaffenburg-Obernau).

Dank der Unterstützung des Wettbewerbs durch die Volks- und Raiffeisenbanken in Form eines Schecks über 5.000 Euro warteten nicht nur Ruhm und Ehre auf die Teilnehmer, sondern auch interessante Preise.

Das Jahr der Mathematik endete am 31. Dezember 2008, nicht aber die Unterfränkische Mathematikmeisterschaft. Die Regierung von Unterfranken möchte diesen Wettbewerb dauerhaft den Schulen anbieten, damit auch in Zukunft Tausende von Schülern daran teilnehmen können – freiwillig, motiviert und erfolgreich!

Thomas Riehle

U  
M  
N  
nterfränkische  
Mathematik-  
meisterschaft



Kontakt

Tel.: 0931/380-1308

E-Mail: [schulen@reg-ufr.bayern.de](mailto:schulen@reg-ufr.bayern.de)

# Technik – kein Tabu für Mädchen

## Girls´Day 2008 führt Schülerinnen in die Regierung von Unterfranken

Am 24. April 2008 war es wieder soweit. Der Girls´Day – Mädchen-Zukunftstag ging in die achte Runde. In diesem Jahr erneut mit dabei: Die Regierung von Unterfranken. 31 Schülerinnen des Egbert-Gymnasiums aus Münsterschwarzach der Klassen 8 a, c und d besuchten die Regierung am Würzburger Peterplatz in Begleitung ihrer Betreuungslehrerin Andrea Weber-Brandt.

„Am heutigen Tag möchten wir Euch Mut machen, auch technische Berufsfelder bei der späteren Berufswahl bewusst mit in den Blick zu nehmen“, so die zentrale Botschaft des Regierungspräsidenten Dr. Paul Beinhofer zur erneuten Teilnahme der Regierung am Aktionstag. Er hieß die Mädchen im Foyer der Regierung persönlich willkommen.

Neben einem allgemeinen Überblick über Aufgaben und Organisation der Regierung von Unterfranken standen vor allem die Vorstellung besonderer akademischer und technischer Berufsfelder bei der Regierung auf dem Programm. Immerhin beschäftigt die Regierung von Unterfranken als Arbeitgeber aktuell über 20 akademische Berufsgruppen. Rund 250 Beschäftigte gehören diesen Berufsgruppen an. Beispielhaft sind bei der Regierung Fachleute folgender Bereiche tätig: Architektur, Biologie, Chemie, Elektroingenieurwesen, Medizin, Physik, aber auch Verfahrenstechnik und Wirtschaftswissenschaften, um nur einige zu nennen.

Vorge stellt wurden in diesem Jahr die Arbeitsschwerpunkte „Architektur und Städtebau“, die „Technische Gewässeraufsicht“ und der „Arbeitsschutz“, wobei natürlich auch die allgemeine organisatorische Betreuung, die Informationen und Unterstützungen durch



„Gewässerschutz zum Anfassen“ bot Isabel Kaiser (rechts im Bild) vom Sachgebiet 52 „Wasserwirtschaft“. Nebenbei war zu erfahren, dass sie bayernweit fachliche Ansprechpartnerin für allerlei „Wassertiere“ ist.

den Schulbereich und das Personalsachgebiet sowie die Gleichstellungsbeauftragte und die Pressestelle nicht unerwähnt bleiben sollen.

Im Ergebnis hat sich die erneute Teilnahme am Girls´Day 2008 wieder gelohnt. Waren doch die Mädchen in der Abschlussrunde von der technischen Aufgabenvielfalt der Regierung durchaus begeistert. Die eine oder andere konnte sich sogar vorstellen, später im „technischen Staatsdienst“ tätig zu werden. Wenn das kein Erfolg ist?

Johannes Hardenacke



Die Arbeitsschwerpunkte „Architektur und Städtebau“ erläuterte Daniela Kircher vom Sachgebiet „Städtebau, Wohnungswesen“ anhand verschiedener Pläne und Modelle.

### Kontakt

Tel.: 0931/380-1014

E-Mail: [schulen@reg-ufr.bayern.de](mailto:schulen@reg-ufr.bayern.de)



Beim achten Mädchen-Zukunftstag (Girls´Day) schnupperten bundesweit über 130.000 Schülerinnen in technische und naturwissenschaftliche Berufe. Mit dabei erneut die Regierung von Unterfranken neben weiteren über 8.600 teilnehmenden Unternehmen und Organisationen. Mittlerweile konnten in den letzten Jahren so fast 800.000 Mädchen technische Berufe erproben. Nähere Infos dazu im Internet unter: <http://www.girls-day.de>. Der nächste Girls´Day findet im Übrigen am 23. April 2009 statt.



# „Wenn Du mich magst ...“ „Song-writing“ mit Konstantin Wecker Musikfortbildung in Kooperation mit der Universität Würzburg

Mit Gitarre, Noten und eigenen Interpretationen in der Tasche kamen etwa ein Dutzend Fachberater und Multiplikatoren für Musik aus dem Bereich der Grund- und Hauptschulen an den Wittelsbacherplatz. Der Lehrstuhl für Musikpädagogik unter der Leitung von Prof. Dr. Friedhelm Brusniak bot den Rahmen für eine regionale Lehrerfortbildung, organisiert vom Sachgebiet 40.1 des Schulbereiches der Regierung von Unterfranken.

Studierende für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen erhalten am Lehrstuhl für Musikpädagogik das nötige Rüstzeug für den Musikunterricht. Talent, Übung und viel Kreativität sind gefragt, um im später ausgeübten Lehrberuf Wissen und Können an die Schülerinnen und Schüler zu vermitteln. Der bekannte Liedermacher Konstantin Wecker arbeitet bereits im zweiten Semester mit Studierenden zusammen, um ihnen das song-writing, das Liedermachen und Interpretieren, nahe zu bringen. Grund genug, auch diejenigen mit einzubinden, die bereits mit den Kindern und Jugendlichen arbeiten, nämlich die Grund- und Hauptschullehrkräfte im Fortbildungsbereich.

Nach einem ersten Vorgespräch im Januar 2008 war die Linie schnell klar: In vorbereiteter Hausaufgabe galt es, ein Lied des Künstlers



...gemeinsam mit den Fachberatern für Musik v.l.n.r. Georg Göbel, Eva Kiefer, Peter Zänglein, Silke Rock, Carolin Axmann.

mittels der eigenen Stimme und mit Unterstützung von Instrumenten zu vertonen. Dazu kam ein selbst geschriebener Text bzw. ein interpretiertes Gedicht.

Mit pädagogischem Geschick ging Konstantin Wecker an die Darbietungen heran. Er staunte nicht schlecht, wie unterschiedlich sein eigener Text interpretiert wurde und zeigte sich höchst zufrieden mit den Vorbereitungen. Diese waren der Ausgangspunkt für die „Liedermacher-Arbeit“, die sich über den ganzen Tag erstreckte. Sehr bedeutend war für den Profi, die Lehrerinnen und Lehrer näher kennen zu lernen, mit ihnen ins Gespräch zu kommen, um ihre tägliche Arbeit mit den Schülerinnen und Schülern zu erfassen. Schnell sprang der Funke über und die Musikspezialisten waren mitten im Dialog.

Prof. Dr. Brusniak verwies auf den engen Zusammenhang zwischen Musik und Sprache. Musik wirkt äußerst förderlich für die Sprachentwicklung, für die Schulung der Aussprache sowie der Ausdrucksfähigkeit. „Sie wirkt verbindend und fördert das soziale Klima in meiner Klasse!“, ergänzt Philipp Arnold, Multiplikator für Musik aus den Haßbergen.

Einig waren sich alle: Die Kooperation zwischen der regionalen Lehrerfortbildung und dem Lehrstuhl für Musikpädagogik sollte unbedingt fortgesetzt werden im Sinne der Nachhaltigkeit – am besten mit einem professionellen Künstler wie Konstantin Wecker.

## Kontakt

Tel.: 0931/380-1308

E-Mail: [schulen@reg-ufr.bayern.de](mailto:schulen@reg-ufr.bayern.de)



Foto: Georg Göbel

Fachberater für Musik unter professioneller Leitung von Konstantin Wecker

# Schule rundum

## Förderung von Ganztagsklassen an Förderschulen

**„Mit dem Ausbau von Ganztagschulen reagiert Bayern sowohl auf gesellschaftspolitische wie auch auf bildungspolitische Herausforderungen“ (Institut für Schulpädagogik und Bildungsforschung, München).**

Begonnen wurde mit dem Aufbau von Ganztagschulen bereits im Schuljahr 2002/2003. Ziel der Staatsregierung war zunächst ein flächendeckender und bedarfsgerechter Ausbau von Ganztagszügen bis 2012/2013 in Grund- und Hauptschulen sowie weiterführenden Schularten.

Erstmals wurde für das Schuljahr 2008/2009 auch die Errichtung von 30 gebundenen Ganztagszügen an bayerischen Förderschulen genehmigt.

Verzögerte Lernentwicklungen und negativ geprägte Erfahrungs- und Lernprozesse beeinträchtigen oftmals die Lernbedingungen von Schülerinnen und Schülern insbesondere mit sonderpädagogischem Förderbedarf. Hier kann das Konzept der gebundenen Ganztagschule mit einer konzeptionell ganzheitlich orientierten Gesamtstruktur von Unterrichtsangebot, weiteren Förderangeboten und Freizeitaktivitäten in hohem Maße Entlastung für die Familien bieten.

In Unterfranken haben sich im laufenden Schuljahr zwei Sonderpädagogische Förderzentren (in Marktheidenfeld und Hohenroth) sowie zwei Schulen zur Lernförderung (in Würzburg und Hösbach) auf den Weg gemacht, ihre Einrichtung mit finanzieller Förderung durch das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus sowie organisatorischer Unterstützung der Regierung von Unterfranken zu Schulen im gebundenen pädagogischen Ganztage weiterzuentwickeln. Weitere Förderschulen zeigen hohes Interesse, sich dem Konzept des gebundenen Ganztags in den kommenden Jahren anzuschließen.

Mit Unterstützung von außen, aber auch aufgrund der vor Ort entwickelten Überzeugungen und Handlungsmöglichkeiten gilt es für die Schulen die pädagogischen Konzepte kontinuierlich anzupassen, Zeitstruktur und Organisati-

on zu adaptieren und bei Bedarf neue inhaltliche Schwerpunkte zu setzen.

Vor diesem Hintergrund beschäftigten sich die unterfränkischen Schulleiter an Förderschulen anlässlich der jährlich stattfindenden Fortbildungstagung der Regierung von Unterfranken im Oktober 2008 ausschließlich mit dieser Thematik.

Das Auftaktreferat thematisierte die ganzheitliche Struktur des finnischen Schulsystems (Frau K. Jauhiainen), im zweiten Hauptreferat wurden durch einen bayerischen Ganztagschulberater zentrale Elemente zur Planung und Implementierung des Ganztagsbetriebes, auch mit Blick auf die eigenen Erfahrungen als Schulleiter, vorgestellt.



Konkrete Veranschaulichung ermöglichten die Besuche von drei unterfränkischen Schulen unterschiedlicher Schularten mit mehrjähriger Erfahrung im Ganztage. Ergänzt wurden die Eindrücke durch Workshop-Angebote, die praxisnahe Einblicke in Details und Möglichkeiten konkreter Umsetzung gaben.

Möglichkeiten des Austausches mit den vier Schulleitungen, die bereits erste Erfahrungen vorweisen, können nicht zuletzt Impuls gebend für weitere Förderschulen sein, sich unter dem bildungspolitisch unterstützten Rahmen der gebundenen Ganztagschule gezielter auf veränderte Lebenswelten und Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen einzustellen.

Angelika Baum



### Kontakt

Tel.: 0931/380-1011

E-Mail: schulen@reg-ufr.bayern.de

Weitere Informationen finden Sie unter:

<http://www.ganztagschulen.bayern.de/> sowie

<http://www.stmuk.bayern.de/km/schule/ganztagschule/gebunden.>



# AKTION GRUNDWASSERSCHUTZ geht in die zweite Runde

Unter dem Motto „Partner gesucht! Vom Grundwasserschutz zur nachhaltigen Regionalentwicklung“ begann im April 2008 die zweite Phase der AKTION GRUNDWASSERSCHUTZ. Der damalige Staatsminister für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz, Dr. Otmar Bernhard, überreichte Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer in der Würzburger Residenz die Finanzierungszusage für weitere fünf Jahre. Er mahnte zur Vorsorge und zur Vermeidung von Belastungen des Grundwassers, was gesamtwirtschaftlich ungleich günstiger und gesamtökologisch stimmiger sei als teure Reparatur- und Sanierungsmaßnahmen. Mit der AKTION GRUNDWASSERSCHUTZ werde die gesamte Bevölkerung, Landwirtschaft, Handel und Handwerk mitgenommen, sich aktiv an einem flächendeckenden Grundwasserschutz zu beteiligen. Deshalb sei die Ausweitung der Aktion zu begrüßen und die Partnerschaft mit Bürgern, Wirtschaft, Handel und allen Verantwortlichen unabdingbar. Schließlich biete die AKTION GRUNDWASSERSCHUTZ für alle einen hohen Mehrwert. Sei es der Erhalt der Kulturlandschaft, die Sicherung von Arbeitsplätzen oder die Förderung regionaler Qualitätsprodukte und regionaler Wirtschaftskreisläufe – die Aktion fördert die Lebensqualität in ganz Unterfranken. Deshalb genieße die Aktion nicht nur in Bayern höchste Anerkennung, sondern auch international, was die Auszeichnung als offizielles Projekt der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ zeige, so Dr. Bernhard.

Zuvor stellte der Regierungspräsident die vielseitigen Aktivitäten der Aktion dar. Beginnend mit einer intensiven Grundlagenrecherche zwischen 1998 und 2000 mit zahlreichen Arbeitsgruppensitzungen, entwickelten sich die vier Handlungsschwerpunkte „Bewusstseinsbildung“, „grundwasserverträgliche Landwirtschaft“, „Marketing“ und „Infrastrukturkampagne“. Als besonders erfolgreiche Projekte nannte er beispielhaft die Wasserschule® Unterfranken (<http://www.wasserschule-unterfranken.de>) und die initiierten Kooperationen im Werntal zwischen Wasserversorgern und Landwirten für eine besonders grundwasserverträgliche Bewirtschaftung der Felder. Und er stellte heraus, dass letztlich jeder Einzelne in der Verantwortung stehe, denn jeder nehme durch sein Verhalten Einfluss auf unser Wasser und könne

zu einer nachhaltigen Entwicklung in Unterfranken beitragen. „Dabei sind wir durchaus erfolgreich, aber noch lange nicht am Ziel“, betonte Dr. Beinhofer.

Zu Jahresbeginn fand der erste Saisonkalender der AKTION GRUNDWASSERSCHUTZ großen Anklang. Der Kalender zeigt monatsweise, welche Obst- und Gemüsesorten in Unterfranken gerade vom Feld frisch in den Geschäften angeboten werden und möchte Bewusstsein für die eigene Region schaffen. Denn wenn grundwasserverträglich angebaut wird, dann kann jeder einen Beitrag zum Schutz unserer wertvollen Ressource „Wasser“ leisten. Der Kalender wurde in einer Auflage von 140.000 Stück über die Gesamtausgabe der Main-Post an die Haushalte verteilt. So fiel er auch dem damaligen Leiter der Staatskanzlei, Eberhard Sinner, in die Hände. Dieser erklärte sich als Hobbykoch spontan bereit, in einer Veranstaltung ein Schwarzwurzelgericht zu kochen und so das Projekt der Regierung von Unterfranken zu unterstützen. Mit Hilfe der Staatlichen Berufsschule Kitzingen-Ochsenfurt und tatkräftiger Unterstützung der dortigen Schülerinnen und Schüler Gastronomie der Klasse 10b stellte Sinner sein Können unter Beweis. Das perfekt servierte Menü von Schwarzwurzelsalat mit Kräutervinaigrette, Rahmsuppe von der Schwarzwurzel, gefüllten Pfannkuchen mit Schwarzwurzeln und Schinken sowie zum Nachtisch einer Quarkmousse mit Schokoladenbiskuit und Rhabarberragout fand dementsprechend großen Anklang.

Die zu Jahresbeginn 2008 gestartete „Initiative Grundwasserschutz durch Ökologischen Landbau“ begann mit zahlreichen Workshops mit Vertretern aus Landwirtschaft, Handel und Handwerk. Das Thema: Was muss getan werden, damit mehr Bauern auf ökologische Landwirtschaft umstellen? Gemeinsam konnten Umstellungshemmnisse eruiert werden, wie z.B. die unzureichenden Vertriebswege, fachliche Unsicherheiten bei den Arbeitsweisen des Ökolandbaus, damit dieser auch wirtschaftlich betrieben werden kann oder Fragen zur künftigen Marktsituation. Aus den Ergebnissen der Workshops konnte nun eine konkrete Handlungsstrategie erarbeitet werden, um den an der Umstellung interessierten Landwirten eine Hilfe zu geben. Mit einer organisierten Fahrt auf die Biofach

© Pro Natur GmbH





Nürnberg, die größte Fachmesse für Bioprodukte, konnten ein guter Einblick in die derzeitige Marktsituation gegeben und interessante Gespräche mit Fachleuten vermittelt werden. Mit dem staatlichen Berater für ökologischen Landbau, Bernhard Schwab, steht ein wichtiger Ansprechpartner bereit, der die Initiative federführend vor Ort betreut. Ende des Jahres wurde ein erster Vermarkttag durchgeführt, um eine Schnittstelle zwischen den maßgebenden Akteuren aus Landwirtschaft, Handel und Hand-

stand ganz unter dem Thema der Nachhaltigkeit. In seiner Eröffnungsrede machte Dr. Beinhofer deutlich, dass die öffentliche Trinkwasserversorgung in Unterfranken höhere Anstrengungen als in anderen Regionen Bayerns erfordert. Hier regnet es deutlich weniger und der Untergrund kann das Wasser meist nur unzureichend filtern. Wasser spiele bei der Regionalentwicklung eine entscheidende Rolle, ist es doch in praktisch allen Lebensbereichen ein wesentliches Element. Dr. Beinhofer erinnerte an die Definition von Nachhaltigkeit, wonach nachhaltige Entwicklung eine Entwicklung sei, die die Lebensqualität der gegenwärtigen Generation sichert und gleichzeitig zukünftigen Generationen die Wahlmöglichkeiten zur Gestaltung ihres Lebens erhält. Hierfür müssen alle Verantwortlichen, jede Bürgerin und jeder Bürger, mitwirken. Den Aufruf nach partnerschaftlicher Zusammenarbeit unterstützt auch der neue Bayerische Staatsminister für Umwelt und Gesundheit, Dr. Markus Söder. Er stellte den bayerischen Weg für eine nachhaltige Zukunft vor. Da setze man auf „Kooperation statt Konfrontation“. Wasser und Wasserwirtschaft sei ein zentrales Thema seines Ministeriums und spiele auch in der Regierungserklärung eine wichtige Rolle. Der Minister sieht das Wassermanagement als eine wesentliche Aufgabe: im Süden mit dem Schwerpunkt Hochwasserschutz, im Norden mit dem Schwerpunkt Wasserversorgung und Grundwasserschutz. Die AKTION GRUNDWASSERSCHUTZ gehe hier den richtigen Weg. Durch die vielen Aktivitäten in Unterfranken ein Kompetenzzentrum rund um das Thema Wasser entstanden, so Dr. Söder. Als Fachmann auf dem Gebiet der Nachhaltigkeit sprach Prof. Dr. Dr. Franz-Josef Radermacher zu den Herausforderungen, die vor uns liegen. Aus dem „rein mathematischen Blickwinkel“ halte „die Erde zur Not mehr Arme aus, aber nicht mehr Reiche, nicht mehr Menschen, die in ressourcenintensive Lebensstile hineinwachsen“. Radermacher stellte heraus, dass die globalen Fragen zu Wasser und Energie Weltdimension haben. Er sieht eine der möglichen Zukunftsperspektiven in der Regelung der Knappheit zu Lasten des Wohlstandes – das würde enorme Ressourcen einsparen. Eine Zwanganpassung des Ressourcenverbrauchs auf niedrigerem Niveau für den Einzelnen werde in Anbetracht von zehn Milliarden Menschen, die 2050 auf der Erde leben werden, nicht zu vermeiden sein.

Axel Bauer



*Auch der neue bayerische Staatsminister für Umwelt und Gesundheit, Dr. Markus Söder, und Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer ziehen an einem Strang wenn es darum geht, Partner für die AKTION GRUNDWASSERSCHUTZ zu gewinnen.*

werk herzustellen. Auch wenn der ökologische Landbau nicht für alle Bauern eine Alternative darstellt, so zeichnet sich doch reges Interesse an der Initiative „Grundwasserschutz durch Ökolandbau“ ab, die in den nächsten Jahren fortgeführt wird, zunächst in den Landkreisen Main-Spessart und Rhön-Grabfeld, später dann in ganz Unterfranken.

Das diesjährige Würzburger Wasserforum auf der Festung Marienberg am 14. November 2008

### Kontakt

Tel.: 0931/380-1365

E-Mail: [wasser@reg-uf.bayern.de](mailto:wasser@reg-uf.bayern.de)



*Prof. Dr. Dr. Franz-Josef Radermacher erläutert mit drastischen Worten die Kluft zwischen Arm und Reich: „Wir können nur so leben wie wir leben, weil die anderen dies nicht können“. Die zentrale Herausforderung sei, bis 2050 die Emissionen zu halbieren, wenn gleichzeitig 50 % mehr Menschen auf der Erde leben.*

# Ein Hauch von Mongolei

## Biodiversität in Unterfranken

Was bedeutet eigentlich Biodiversität? Und warum wird da so ein Wirbel drum gemacht? Diese und noch viele andere Fragen zu klären, war das Ziel verschiedener Veranstaltungen und Veröffentlichungen zu diesem wichtigen Thema. Als Auftakt der Informationsreihe in Unterfranken konnte Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer Ende April 2008 den damaligen Umweltstaatssekretär (jetzt Kultusstaatssekretär), Dr. Marcel Huber, im Naturschutzgebiet „Ruine Homburg“ begrüßen.

Der Ursprung und die Bedeutung des Wortes „Biodiversität“ sind schnell erklärt: Aus „biological diversity“ (zu Deutsch: biologische Vielfalt, oder biologische Diversität) wurde Biodiversität. Dr. Beinhofer brachte die hohe Bedeutung derselben auf den Punkt: „Nur eine möglichst reichhaltige Ausstattung an Lebensräumen, Tier- und Pflanzenarten und eine genetische Vielfalt innerhalb der Arten ermöglichen auf Dauer ein Fortbestehen des menschlichen Lebens auf der Erde“. „Der Naturschutz rückt damit in den Fokus des öffentlichen Interesses“, ergänzte Dr. Huber. Im Rahmen des Spazierganges durch „Mainfrankens Steppenheide“, über die „ein Hauch von Mongolei“ wehe, wie Staatssekretär Dr. Huber sagte, präsentierten Vertreter des Sachgebietes Naturschutz der Regierung von Unterfranken, des Wasserwirtschaftsamtes Aschaffenburg und des Amtes für Landwirtschaft und Forsten Karlstadt einen Querschnitt durch die botanischen und zoologischen Besonderheiten dieses Gebietes, also durch die biologische Vielfalt. Schließlich habe Unterfranken einige Pflanzen und Pflanzengesellschaften zu bieten, die weltweit nur hier vorkommen, so der Regierungspräsident. Staatssekretär Dr. Huber ließ allerdings auch keinen Zweifel daran, dass nicht alles so

rosig ist, wie es auf den ersten Blick erscheinen mag. Etwa 40 % aller heimischen Tierarten und nahezu 50 % der Pflanzen stehen mittlerweile auf der Roten Liste der bedrohten Arten.

Mit der bayerischen Biodiversitätsstrategie „Natur.Vielfalt.Bayern.“, die 2008 vom Ministerrat beschlossen wurde, soll die Artenvielfalt gesichert und sogar der Erhaltungszustand mindestens jeder zweiten Rote Liste-Art deutlich verbessert werden. Mehr als 130 Naturschutzgebiete, das UNESCO-Biosphärenreservat Rhön und ein Beitrag von rund 162.000 ha zum europäischen Schutzgebietsnetz Natura 2000 sind zusammen mit der Förderung naturverträglicher Landnutzung, Artenhilfsprogrammen und Gewässerrenaturierungen wichtige Schritte zum Erhalt der Biodiversität in Unterfranken. Dies sei auch vor dem Hintergrund der Klimaveränderung ein wichtiges Thema, betonte Dr. Huber. Der Spaziergang durch das Naturschutzgebiet war nur eine von vielen Veranstaltungen, die im Jahr 2008 auf dieses wichtige Thema aufmerksam gemacht haben.

Die Regierung von Unterfranken hat eine umfangreiche Broschüre herausgebracht, die nicht nur erfolgreiche Projekte in Unterfranken vorstellt, sondern auch aufzeigt, wie jeder Einzelne zum Erhalt der Biodiversität beitragen kann. Denn der Erhalt der biologischen Vielfalt ist nicht nur in jedermanns Interesse, sondern liegt auch in der Verantwortung jedes Einzelnen. Dr. Huber brachte im April an der Ruine Homburg diese Verantwortung auf den Punkt: „Darum sollten wir uns zunächst an die eigene Nase greifen und überlegen, welchen Beitrag jeder von uns leisten kann.“

### Kontakt

Tel.: 0931/380-1165

E-Mail: [umwelt.gesundheit@reg-uf.bayern.de](mailto:umwelt.gesundheit@reg-uf.bayern.de)

*„Einen Hauch von Mongolei“ genoss der damalige Umweltstaatssekretär Dr. Marcel Huber im Naturschutzgebiet „Ruine Homburg“ anlässlich der Auftaktveranstaltung zur Biodiversitätskampagne in Unterfranken.*





# Staatlicher Wasserbau in Unterfranken

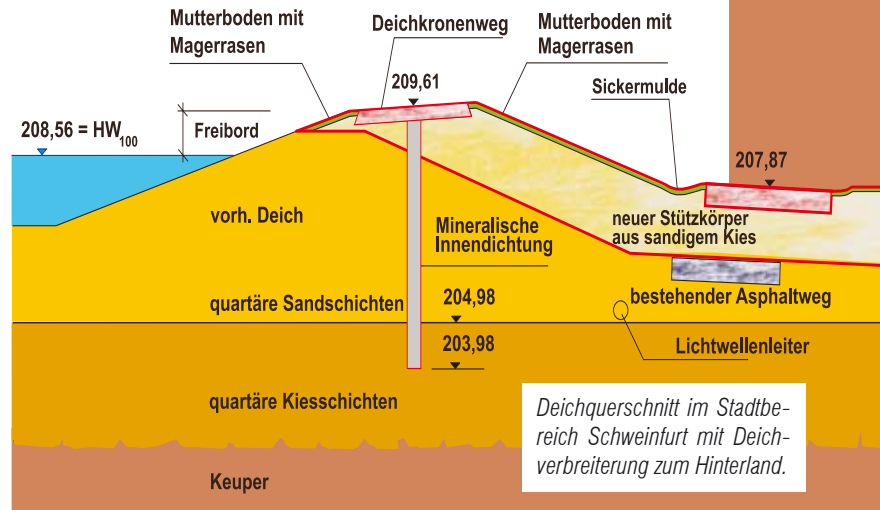
## Sanierung der Maindeiche im Raum Schweinfurt

In den letzten Jahren wurden die Hochwasser-  
schutzanlagen am Main untersucht. Dabei zeig-  
te sich unter anderem, dass die Standsicher-  
heit der in den Jahren 1967 bis 1969 erstellten  
Hochwasserdeiche im Raum Schweinfurt bei



Sanierte Maindeiche bei Grafenrheinfeld, Lkr. Schweinfurt

lange andauernden und größeren Hochwäs-  
sern nicht mehr gewährleistet ist. Da auch die  
Abmessungen nicht mehr dem heutigen techni-  
schen Stand entsprachen, entschloss sich der  
Freistaat Bayern als Träger der Unterhaltungs-  
last zu einer Sanierung. Die fachliche Prüfung  
und Finanzierung lag in den Händen der Regie-  
rung von Unterfranken. Die Deiche wurden ver-  
stärkt, erhielten eine Innendichtung und einen  
durchgehenden Deichhinterweg zur regelmä-  
ßigen Überwachung und Verteidigung im Hoch-  
wasserfall. Sanierung bzw. Neubau erstreckten  
sich dabei auf eine Gesamtlänge von ca. 10 Ki-  
lometern. Die Gesamtkosten betragen ca. 11,6  
Millionen Euro. 50 % der Kosten wurden über



Deichquerschnitt im Stadtbe-  
reich Schweinfurt mit Deich-  
verbreiterung zum Hinterland.

Fotos (Maindeiche und Grafik): Wasserwirtschaftsamt Bad Kissingen

EU-Fördermittel finanziert, 40 % der Kosten trug  
der Freistaat Bayern, die restlichen 10 % teilten  
sich die Stadt Schweinfurt und die betroffenen  
Kommunen.

Nach Abschluss der Maßnahme sind ungefähr  
12.000 Einwohner bzw. 163 ha Siedlungsflä-  
che der Stadt Schweinfurt und der Gemein-  
den Sennfeld, Bergtheim und Grafenrheinfeld  
vor einem Hochwasserabfluss in einer Größen-  
ordnung von 2300 Kubikmetern pro Sekunde  
geschützt. Dies entspräche nach derzeitigem  
Kenntnisstand einem sogenannten Jahrhun-  
dterhochwasser einschließlich eines 15-prozen-  
tigen Bemessungszuschlages zum Ausgleich  
der Folgen eines eventuellen Klimawandels.  
Nach einer Bauzeit von nur drei Jahren wurde  
der Hochwasserschutz im Herbst 2008 fertig  
gestellt.

Klaus Huppmann

## Bau eines Umgehungsbaehes um die Staustufe Randersacker/Main

Am Main sind durch die Stauregelung frei flie-  
ßende Bereiche selten geworden. Die Durch-  
gängigkeit für Wasserorganismen ist nahezu  
unterbunden, Fischwanderungen sind erschw-  
ert bzw. nicht möglich. Mit dem Verlust an Fließge-  
wässerstrecken geht auch ein Verlust natürlicher  
Strukturen einher.

Die Wasserwirtschaftsverwaltung entschloss  
sich daher mit fachlicher Unterstützung durch  
die Regierung von Unterfranken zum Bau ei-  
nes Umgehungsbaehes bei Randersacker mit  
einer Auf- und Abstiegsmöglichkeit für Fische  
und Kleinlebewesen. Lebensräume eines frei  
fließenden Gewässers sollten am Main wieder  
neu entstehen und so der Tendenz der Artenver-  
armung entgegengewirkt werden. Im November  
2007 wurde das Bachbett mit Mainwasser be-  
schickt und der Bach „in Betrieb genommen“.   
Bereits nach einem Jahr zählte man hier 94  
verschiedene Arten an Wassertieren sowie eine  
Vielzahl an Wasserpflanzen und Vogelarten,

die den Bachlauf angenommen haben. Aber-  
tausende Libellen finden ideale, schiffswellen-  
geschützte Standorte. Wandernde Kleinkrebse  
und Fische belegen die biologische Durchgän-  
gigkeit. Für den Main seltene Wassertiere wie  
die Kahnschnecke und die Rutte, eine Fischart,  
treten auf.

Technische Details:

- Länge: ca. 1345 Meter
- Differenz Wasserspiegel: 3,30 m
- Gefälle: 0,1 - 0,25 %
- 1 % Gefälle als Lockströmung
- Sohlbreite: 2,5 - 5,0 m
- Wassertiefe: ca. 30 - 60 cm
- Durchfluss: 1000 L/s
- Baukosten: rd. 500.000 Euro

## Kontakt

Tel.: 0931/380-1366

E-Mail: [umwelt@reg-uf.bayern.de](mailto:umwelt@reg-uf.bayern.de)

Umgehungsgerinne in Bau  
(Herbst 2007)



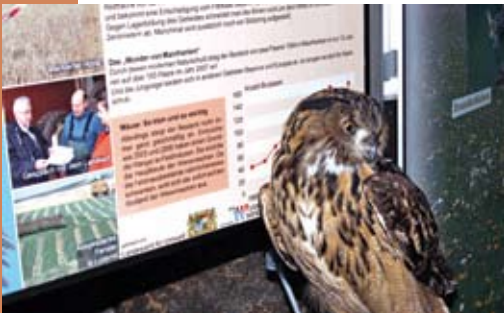
Umgehungsgerinne nach  
einem Jahr (Herbst 2008)

# Engagement für die Umwelt

## Unterfränkischer Umweltbildungstag

Was in der unterfränkischen Umweltbildung Rang und Namen hat, versammelte sich am 11. Juli 2008 in der Würzburger Residenz zum „Unterfränkischen Umweltbildungstag“. Dort stellten die unterfränkischen Umweltbildungseinrichtungen ihre Aktivitäten und Projekte vor. Ob Umweltstation der Stadt Würzburg, Umweltbildungszentrum Oberschleichach oder Walderlebniszentrum Gramschatzer Wald, um nur einige Bildungseinrichtungen zu nennen, sie alle waren gekommen, um einer breiten Öffentlichkeit zu zeigen, was in Unterfranken getan wird, um Bürgern sämtlicher Altersstufen Umweltbewusstsein und entsprechende Handlungskompetenz zu vermitteln. Lehrkräfte der verschiedenen Schularten informierten sich während der Ausstellung über die Informations- und Bildungsmöglichkeiten aus dem ökologischen, ökonomischen und sozialen Bereich für ihren schulischen Einsatz.

Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer hob bei seiner Begrüßung im Rondellsaal hervor, dass es im Regierungsbezirk Unterfranken gelungen sei, ein leistungsfähiges, effizientes und innovatives Netzwerk der Umweltbildung im außerschulischen Bereich aufzubauen. Er betonte hier ganz besonders die Initiativen des „Forum Umweltbildung Unterfranken“, dem Mitveranstalter des Umweltbildungstages. In diesem Forum wird die Kooperation von Trägern und Einrichtungen der Umweltbildung durch entsprechenden Erfahrungsaustausch und gegenseitige Information gefördert. Über die Aktivitäten des „Forum Umweltbildung Unterfranken“ berichtete Frau Prof. Dr. Christa Fritzke.



Umweltbildner stellten sich vor

Der damalige Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, Eberhard Sinner, gab einen Überblick über die Aktivitäten im Freistaat Bayern im Rahmen der nachhaltigen Entwicklung. So erfuhren die 300 Zuhörer, dass es in Bayern mittlerweile 42 anerkannte Umweltstationen gibt, die mit jährlich mehr als 8.000 Veranstaltungen über eine halbe Million Besucher erreichen. Als beispielhaft im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung nannte Sinner weiter die bayerische Klimawoche, die Bayern Tour Natur, die Kampagne „Wasser leben 2008“ sowie die kommunale



Fröhliche Kinderstimmen beim Umweltbildungstag

Agenda 21. Umweltbildung und Naturschutz werden in Bayern schon seit Jahrzehnten konsequent verfolgt.

Den Abschluss bildete eine moderierte Diskussion mit Umweltbildnern. Besonders in dieser Diskussionsrunde wurde deutlich, wie vielfältig das Spektrum der Umweltbildner ist: Umweltverbände (Landesbund für Vogelschutz, Bund Naturschutz), Umweltlernorte (Kinder- und Jugendfarm Würzburg, Umweltstation Oberschleichach, Umweltstation Natur- und Umweltgarten Reichelshof), Kirche (Umweltbeauftragter der Diözese Würzburg), staatliche Träger (Amt für Landwirtschaft und Forsten Würzburg, Wasserwirtschaftsverwaltung), öffentliche Bildungsträger (Grundschule Randersacker, Universität Würzburg) sowie das Bergwaldprojekt e.V. und der Sportverein DJK Salz stellten die Bandbreite der Umweltbildung, aber auch die Wünsche an den Freistaat Bayern dar.

Musikalisch umrahmt wurde die Veranstaltung vom Kinderchor der Volksschule Margetshöchheim, von den Kinder-Clowns Linus und Lotta Pleyer von der Kinder- und Jugendfarm Würzburg sowie von den *Heilgenhaler Spielleut'* aus Hofstetten.

Die gelungene Veranstaltung zeigte die vielfältigen Sichtweisen der Umweltbildung auf und räumte den Akteuren der Umweltbildung die Möglichkeit ein, gemeinsame Perspektiven der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung zu verdeutlichen.

### Kontakt

Tel.: 0931/380-1262

E-Mail: [umwelt@reg-ufr.bayern.de](mailto:umwelt@reg-ufr.bayern.de)



# Sicherheit im Blick

## Zweite Unterfränkische Fachtagung Arbeitsschutz

Weit über 100 Sicherheitsfachkräfte und -experten unterfränkischer Firmen und Betriebe konnten Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer in Würzburg zur 2. Unterfränkischen Fachtagung Arbeitsschutz begrüßen. Der Regierungspräsident betonte dabei die Bedeutung der Veranstaltung: „Ein wesentliches Merkmal für den Erfolg von Unternehmen sind gesunde und leistungsfähige Mitarbeiter. Dies stellt der Arbeitsschutz sicher, den die Sicherheitsfachkräfte in den Betrieben mit Leben erfüllen.“ Grußworte an die Vertreter der Unterfränkischen Industrie sprach auch der Hauptgeschäftsführer der IHK Würzburg-Schweinfurt, Prof. Dr. Ralf Jahn.



nicht fehlen. Ergänzt durch die reformierte Bayerische Bauordnung und Erfahrungen zum Gesundheitsmanagement boten die Themen ausreichend Gelegenheit zur Diskussion.

Die Evaluierung der Veranstaltung durch die Teilnehmer zeigte: Die Unterfränkische Fachtagung bietet den Arbeitsschutzexperten hervorragende Möglichkeiten des Erfahrungsaustausches. Gespannt darf man deshalb schon heute auf die Tagung 2009 sein.

Dr. Günther Gaag



Großes Zuschauerinteresse beim wichtigen Thema „Arbeitsschutz“

Auch in diesem Jahr konnten wieder zahlreiche Referenten aus dem Kreis der Sicherheitsingenieure gewonnen werden, die aus der Praxis für die Praxis berichteten. Die Anwesenden erhielten einen Einblick in die Vielfalt von Fragestellungen und Lösungsansätzen zum Arbeitsschutz. Von den Auswirkungen der neuen Maschinenrichtlinie auf den Betriebsalltag über das Vorgehen nach einem Arbeitsunfall von staatlicher und unternehmerischer Seite bis hin zu den Änderungen in der Tätigkeit der zugelassenen Überwachungsstellen reichte die Palette. Natürlich durfte die neue EU-Chemikalienverordnung REACH



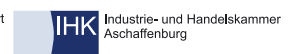
## 2. Unterfränkische Fachtagung Arbeitsschutz

24. Juni 2008 in Würzburg



Regierung von Unterfranken  
- Gewerbeaufsicht -

mit freundlicher Unterstützung von



# Drahtseilakt auf Baugerüsten

Baugerüste kommen immer dann zum Einsatz, wenn höher gelegene Arbeitsplätze nicht mehr auf andere Art und Weise erreicht werden können oder Personen auf hoch gelegenen Arbeitsplätzen gegen Absturz geschützt werden müssen. Es liegt daher in der Natur der Sache, dass Fehler beim Aufbau von Gerüsten wie auch das Versagen von Gerüstbauteilen in aller Regel einen Absturz von Personen aber auch von Material aus meist größerer Höhe bedeuten. Schwere, teils tödliche Unfälle sind oftmals die Folge.

Das Baudezernat des Gewerbeaufsichtsamtes der Regierung von Unterfranken hat deshalb von Juni bis Oktober 2008 im Rahmen einer Schwerpunktaktion bei Baustellenbesichtigungen ein besonderes Augenmerk auf die Überprüfung von Gerüsten gelegt. Die Prüfungsschwerpunkte lagen dabei zum Einen im Bereich der Arbeitsschutzorganisation, zum Anderen in der Stand- und Tragsicherheit sowie der Arbeits- und Betriebssicherheit. Dabei traten vor allem im Bereich der Arbeitsschutzorganisation eklatante Mängel zu Tage. Mehr als die Hälfte des Personals, das Gerüste aufgestellt hatte, war in der ordnungsgemäßen Handhabung beim Aufbau nicht unterwiesen; Montagefehler waren damit vorprogrammiert. Nur etwa ein Fünftel aller Gerüste war nach dem Erstellen von einer geeigneten Person überprüft und dies auch dokumentiert worden. Im Bereich der Stand- und Tragsicherheit konnte festgestellt werden, dass

die Gerüste in der Regel auf Grund ihrer Bauart für die vorgesehenen Arbeiten geeignet waren. Trotzdem war die Standsicherheit nur in etwa 55 % aller Fälle in vollem Umfang gewährleistet. Die Ursachen hierfür lagen im Wesentlichen in einer unzureichenden Verankerung. Beim dritten großen Schwerpunkt der Überprüfungsaktion, der Arbeits- und Betriebssicherheit, waren als Hauptmängel beschädigte oder gar fehlende Gerüstbeläge bzw. fehlende Seitenschutzteile auszumachen.

Abschließendes Resümee der Schwerpunktaktion: Die Gerüste sahen zwar auf den ersten Blick oftmals recht ordentlich aus, in vielen Fällen aber war bei näherer Überprüfung ein sicherer Arbeitsplatz nicht gewährleistet und das Arbeiten glich häufig einem Drahtseilakt.

Lothar Schliör



*Einen Schwerverletzten auf Grund eines mangelhaften, durchgebrochenen Gerüstbelages forderte ein Absturz aus 6 m Höhe auf dieser Baustelle.*



*Teilweise umgestürztes Gerüst; unzureichende Verankerung*

## Kontakt

Tel. 0931/380-1835

E-Mail: [dezernat2@reg-ufr.bayern.de](mailto:dezernat2@reg-ufr.bayern.de)



# Neue Wege in der Gewerbeaufsicht

## OHRIS-Zertifikat für die Firma Suffel Fördertechnik in Aschaffenburg

Die bayerische Gewerbeaufsicht hat zusammen mit der Wirtschaft das Arbeitsschutzmanagementsystem OHRIS (Occupational Health- and Risk-Managementsystem) entwickelt, mit dem eine weitere Optimierung des Arbeitsschutzes durch Einbindung in das betriebliche Managementsystem ermöglicht wird. Ziel von OHRIS ist es, Arbeitsschutz und Anlagensicherheit im Unternehmen zu verbessern. Die systematische Aufdeckung möglicher Gesundheitsrisiken im Betrieb senkt die Zahl von Arbeitsunfällen und reduziert Ausfallzeiten. Mit der Einführung von OHRIS stellen die Unternehmen die Einhaltung betrieblicher Verpflichtungen und deren Überwachung mit dem Arbeitsschutzmanagementsystem selbst sicher. Die Anerkennung wird durch die Gewerbeaufsicht für die Unternehmen kostenfrei vorgenommen.

Zum Kreis der Unternehmen, die dieses System in Unterfranken erfolgreich eingeführt haben, gehört nun auch die Firma Suffel Fördertechnik GmbH und Co KG in Aschaffenburg. Das mittelständische Familienunternehmen mit ca. 400 Mitarbeitern ist größter Vertragshändler der Linde Material Handling GmbH, Europas führendem Hersteller von Gabelstaplern. Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer händigte im März

2008 die OHRIS-Urkunde an den Geschäftsführer der Firma Suffel Fördertechnik, Martin Suffel, aus.

„Die freiwillige Anwendung von Arbeitsschutzmanagementsystemen stärkt die Eigenverantwortung der Unternehmen. Auf diese Weise wird mit weniger staatlicher Kontrolle eine Kostenentlastung sowohl für die Unternehmen als auch für den Staat erreicht. Zugleich wird der Arbeitsschutz und damit der Schutz der Beschäftigten weiter verbessert“, so Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer im Zusammenhang mit der Urkundenaus-händigung.

Über die zahlreichen betrieblichen Verbesserungen und Erfolge mit der Einführung des neuen Managementsystems berichtete der Geschäftsführer Martin Suffel den anwesenden Gästen unmittelbar: So konnten nicht nur die Zahl der Arbeitsunfälle drastisch gesenkt und die Akzeptanz bei vielen Kunden erhöht werden, sondern tatsächlich auch erhebliche Kosten gespart werden. Die Berufsgenossenschaft hat wegen der OHRIS-Einführung eine Prämien-rückerstattung von 40 % gewährt.



Sicherheitsfachkraft der Fa. Suffel, Siegfried Seitz, demonstriert den Arbeitsschutz für Servicemonteur bei der Reparatur von Hochregalstaplern anhand Sicherheitsgurt, Kettenhandschuhen und Schutzhelm.



Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer bei der Überreichung der Urkunde an den Geschäftsführer der Fa. Suffel, Martin Suffel. Im Bild von links nach rechts: Alfred Rücker, Eugen Schneider (beide Fa. Suffel), Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer, Martin Suffel, Dr. Günther Gaag (Leiter des Gewerbeaufsichtsamtes der Regierung von Unterfranken), Heinz Willenbücher, Justine Schulz, Stefan Futschik (alle Fa. Suffel).

Peter Ort



**Managementsysteme** sind innovative Führungsinstrumente, die heute aus den Unternehmen nicht mehr wegzudenken sind. Neben den Qualitäts- und Umweltmanagementsystemen werden zunehmend auch Arbeitsschutzmanagementsysteme zur Prävention am Arbeitsplatz genutzt.

Weitere Informationen zu OHRIS sind auf der Homepage des Bayerischen Landesamtes für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit unter: <http://www.lgl.bayern.de/arbeitschutz/managementsysteme/index.htm> abrufbar.

### Kontakt

Tel: 0931/380-1861

E-Mail: [dezernat4@reg-ufr.bayern.de](mailto:dezernat4@reg-ufr.bayern.de)

# Vorbeugen ist besser als heilen

## Hautschutz in der Nahrungsmittelindustrie

Jedem ist der Anblick eines Handekzems bekannt. Spröde, raue Stellen, unter Umständen gepaart mit Einrissen, Schuppungen und Bläschenbildung – kein sehr schöner Anblick. Oft auch ein Zustand von erheblichem Krankheitswert bis hin zum Zwang zur Berufsaufgabe.

Die Ursachen dieser Hautveränderungen sind mannigfaltig. Neben schicksalhaften Erkrankungen wie Neurodermitis oder Schuppenflechte werden Handekzeme häufig durch „äußere Einflüsse“ wie den Kontakt mit Reizstoffen, Reinigungsmitteln oder schlicht und einfach den ständigen, ungeschützten Kontakt mit Wasser hervorgerufen. Diese Hautbelastungen finden zum Teil im privaten Bereich statt, nicht selten aber ist die Haut auch berufsbedingt überlastet.

Allein im Jahr 2006 wurden den gewerblichen Berufsgenossenschaften als Unfallversicherungsträger bundesweit 15.543 Verdachtsfälle einer berufsbedingten Hauterkrankung gemeldet. Dies waren immerhin fast ein Drittel aller gemeldeten Berufskrankheiten.

In der Nahrungsmittelindustrie, so z.B. im Bereich der Fleischereibetriebe, werden häufig von Mitarbeitern Haut belastende Tätigkeiten durchgeführt. Ständiger Hautkontakt zu Flüssigkeiten und Reizstoffen, mehrfaches Waschen der Hände (mehr als 10 Mal pro Tag) und das Tragen flüssigkeitsdichter Handschuhe über einen längeren Zeitraum birgt die Gefahr in sich, an Ekzemen der Hände zu erkranken, wenn entsprechende Schutzmaßnahmen nicht praktiziert werden.

Im Rahmen einer Schwerpunktaktion im Jahr 2007 wurde vom Gewerbeaufsichtsamt der Regierung von Unterfranken in Zusammenarbeit mit der Fleischerei- und Einzelhandels-Berufsgenossenschaft überprüft, inwieweit gesetzliche

Vorschriften in Fleischereien und Metzgereien in Bezug auf den hautbezogenen Arbeitsschutz umgesetzt waren.

Diese Überprüfung ergab, dass in ca. 94 % der besuchten Betriebe keine Gefährdungsbeurteilungen erstellt worden waren, in 78 % der Fälle Betriebsanweisungen fehlten, und Hautschutz- und Pflegepräparate in ca. 47 % der besuchten Einrichtungen zum Teil und in 15 % davon überhaupt nicht zur Verfügung gestellt wurden. Das Thema der arbeitsmedizinischen Vorsorge war nahezu unbekannt.

Eine weitere Schwerpunktaktion im Jahr 2008 (Hautschutz in Mittel- und Großbetrieben der Nahrungsmittelindustrie) im Rahmen der Gemeinsamen Deutschen Arbeitsschutzstrategie befasste sich mit dem Problem der Feuchtarbeit, also der Hautbelastung durch länger andauernde Flüssigkeitseinwirkung (z.B. auch Wasser), deren negative Auswirkungen auf die Haut häufig unterschätzt werden.

Das Vermeiden berufsbedingter Hauterkrankungen ist durch Beachtung der gesetzlichen Vorschriften mit einfachen Mitteln möglich. Um in Zukunft der Entstehung berufsbedingter Hauterkrankungen weiter entgegenwirken zu können, müssen Arbeitgeber und Arbeitnehmer vermehrt über Schutzmaßnahmen informiert und das Umsetzen gesetzlicher Vorschriften in den Betrieben geprüft werden.

Dr. Thomas Lorenz



### Kontakt

Tel: 0931/380-1883

E-Mail: [gewerbeaerztlicher.dienst@reg-ufr.bayern.de](mailto:gewerbeaerztlicher.dienst@reg-ufr.bayern.de)



# Alle Jahre wieder

## Effizienter Verbraucherschutz anhand einer bundesweiten Informationskampagne

Alle Jahre wieder erreichen uns in der Weihnachtszeit Meldungen über in Brand geratene Adventskränze und Gestecke aus Naturmaterialien.

Das Gewerbeaufsichtsamt der Regierung von Unterfranken nahm dies zum Anlass, Überprüfungen der weihnachtlichen Dekorationsartikel im Handel durchzuführen. Dabei zeigte sich, dass bei der überwiegenden Zahl der angebotenen Gestecke und Kränze die Kerzen durch mehrere in den Kerzenfuß gesteckte, preisgünstige Metallstifte direkt auf den brennbaren Gesteckmaterialien befestigt waren. Ein Selbstverlöschen der Flamme ist so nicht gewährleistet. Der abgebrannte Docht kann in den Kranz fallen und diesen entzünden. Steigender Kostendruck führte offensichtlich zur Einsparung des früher üblichen Kerzentellers.

Das Geräte- und Produktsicherheitsgesetz fordert, dass nur sichere Produkte in die Hände von Verbrauchern gelangen dürfen. Demnach müssen Kerzen nach Abbrand selbsttätig verlöschen, ohne dabei Gesteckmaterialien zu entzünden.

Da es sich hier um ein deutschlandweites Problem handelte, schien die sonst bewährte Vorgehensweise durch Maßnahmen am Ende der Vertriebskette im Handel nicht geeignet. Erfolg versprach man sich vielmehr durch ein Agieren an der Spitze der Handelskette. Dazu fanden Anfang 2005 mehrere Gespräche mit Verbandsvertretern und einem Vertreter der Kerzenindustrie statt. Das vorhandene Sicherheitsdefizit wurde bestätigt und ein einheitliches behördliches Handeln befürwortet, das die gesamte Branche erfassen sollte. Im Rahmen einer bundesweiten Informationskampagne hat das Gewerbeaufsichtsamt (Dezernat Verbraucherschutz und

Marktaufsicht) der Regierung von Unterfranken im Mai 2005 mehrere Industrieverbände mit der Bitte angeschrieben, ihre Mitgliedsunternehmen auf die Sicherheitslücke hinzuweisen und diese zu beheben. Die Fachpresse hat das Thema ebenfalls in mehreren Artikeln aufgegriffen.

Drei Jahre später zeigt sich nunmehr der Erfolg der Aktion. Stichproben im Handel ergaben, dass das geschilderte Problem erkannt und die von der Gewerbeaufsicht geforderten Maßnahmen zum vorbeugenden Brandschutz bei Gestecken oder Adventskränzen größtenteils umgesetzt werden.

Die Kampagne der Gewerbeaufsicht hatte auch einen erfreulichen Nebeneffekt. Ein unterfränkischer und zwei weitere deutsche Kerzenhersteller haben die Gelegenheit genutzt und eigene selbstverlöschende Kerzensysteme entwickelt. Für die Entwicklung und Fertigung dieser High-techprodukte wurden eigens Produktionskapazitäten und verbunden damit Arbeitsplätze geschaffen. Die Funktionsweise der selbstverlöschenden Kerzen wurde inzwischen von Prüfstellen bestätigt. Der Markt hat die Kerzensysteme gut angenommen.

Die anfänglich geäußerte Polemik: „Würzburg will den Adventskranz verbieten“ wich der Erkenntnis, dass hier ein schon lange bestehendes Sicherheitsmanko behoben werden konnte – zur Sicherheit der Verbraucher.

Michael Wolf

### Kontakt

Tel. 0931/380-1864

E-Mail: dezernat4@reg-ufr.bayern.de

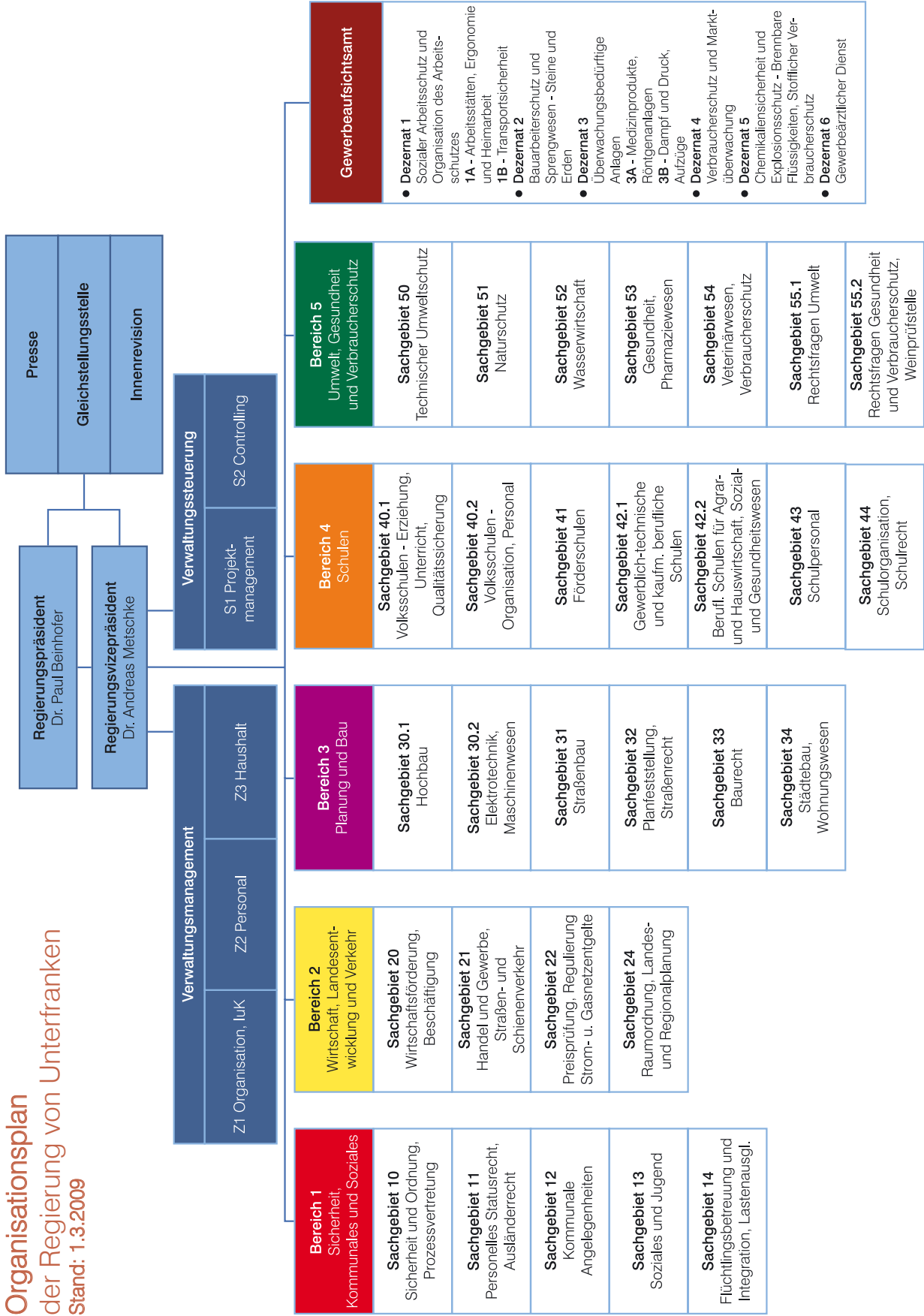


*Auf den ersten Blick erkennt man nicht das Sicherheitsrisiko dieser Kerze, die ohne feuerfesten Halter direkt auf dem Gesteck befestigt ist.*



*Sichtbar werden die gravierenden Folgen erst am Ende der Brennzeit: Die Kerzenflamme ist bis zu den Tannenzweigen heruntergebrannt und hat den Kranz bereits entzündet.*

# Organisationsplan der Regierung von Unterfranken Stand: 1.3.2009





## Impressum

Herausgeber: Regierung von Unterfranken  
Peterplatz 9  
97070 Würzburg  
Telefon: 0931-380-00  
Fax: 0931/380-2222  
E-Mail: [poststelle@reg-ufr.bayern.de](mailto:poststelle@reg-ufr.bayern.de)  
Internet: <http://www.regierung.unterfranken.bayern.de>

Redaktion: Marlene Schauer, Pressestelle

Satz und Layout: Günther Wendorff, IuK-Bereich  
Bilder: Regierung von Unterfranken, soweit nicht  
anders vermerkt.

Druck: flyeralarm GmbH, Greußenheim

© Regierung von Unterfranken, alle Rechte vorbehalten

